

Lohnverhandlungen für die Breslauer Metallindustrie

Gewerkschaftsdiplomaten zur Preisgabe der Forderungen bereit

Breslau, 13. Juni. Die freien Verhandlungen der Arbeiter mit den Vertretern der Gewerkschaften sind zwar ergebnislos abgebrochen worden, haben aber gezeigt, daß auf beiden Seiten der Wille zur gütlichen Einigung vorhanden ist. Die Parteien waren einander entgegengekommen. Am mehreren Stellen am Dienstag, dem 13. d. M., die freien Verhandlungen vor dem Schlichter, Obergerichtspräsident Prof. Kramer, welcher den Obergerichtspräsidenten Dr. Philipp während seines Auftrags vertritt, fortgesetzt werden. Sollten auch diese ergebnislos verlaufen, so besteht die Absicht, eine Schlichtungskammer zu bilden, deren Spruch sich die Parteien unterwerfen wollen.

Vorstehende Meldung zeigt deutlich, daß die „linken“ Bürokraten des Breslauer Metallarbeiterverbandes nicht die Absicht haben, einen Kampf für die aufgeregtesten Forderungen zu organisieren und sich nur auf die schäufelnde Kapitulation beschränken. Sie wissen wohl, daß die „linken“ sozialdemokratischen Gewerkschaften ebenso wie die gesamten Sozialdemokraten im Interesse der Klassenpolitik, im Interesse der deutschen Kapitalisten bewußt alle Arbeiterforderungen preisgeben.

Metallarbeiter, des Schlichtungsverfahrens wird die Erfüllung eurer Forderungen nicht bringen. Diese können nur im Kampf durchgesetzt werden. Wieder mit dem Schlichtungssystem! Organisiert den Kampf unter Führung der in den Betrieben gewählten Leitungen!

Sommer noch Massenarbeitslosigkeit

M. Berlin, 12. Juni. In der Berichtswache vom 5. bis 8. Juni sank die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung in diesem Jahre erstmals unter den Stand, den die Arbeitslosenversicherung aus ihren eigenen laufenden Einnahmen tragen kann. Im Vorjahr lagen bekanntlich 6 Monate (Mai bis Oktober), im Jahre 1927 7 Monate (Mai bis November), im Jahre 1928 kein Monat unter dieser tragfähigen Höchstbelastung. Der Rückgang vollzog sich auch in der Berichtswache noch etwas schneller als in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre, doch dürfte dies noch immer darauf zurückzuführen sein, daß die saisonmäßige Belastung etwa 6 Wochen später einsetzte, und sich infolgedessen auf kürzere Zeit zusammenbringt. In einigen Landesarbeitsämtern, so in Schlesien, Brandenburg, Rheinland, Sachsen und Bayern ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung noch um je 5000 zurück, in den anderen betrug der Rückgang 2-3000, in Pommern weniger als 1000. Anhaltspunkte für die voraussichtliche Entwicklung lassen sich gegenwärtig schwer gewinnen. Die Entspannung hat zwar immer weitere Berufsgruppen erfaßt, doch wirken sich hier vor allem auch saisonmäßige Einflüsse aus.

Unpopulärer ist ein großer Teil der Abnahme in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf Entzug der Unterstützung („Ersparnisprogramm“), nicht aber auf Arbeitsvermittlung zurückzuführen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Arbeitslosen trotz der saisonmäßigen Entlastung zum Steigen neigen. In Schlesien sind in der Glas-, Stein- und Textilindustrie größere Arbeiterentlassungen zum Teil bereits durchgeführt, zum Teil sollen sie in den nächsten Tagen und Wochen vorgenommen werden. Es ist dringende Aufgabe der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, in geschlossener Einheitsfront gegen die geplante und zum Teil bereits durchgeführte Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, für ausreichende Fürsorge durch den Staat und für Beilegung der anarchisierenden privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung zu kämpfen.

SPD. raubt Kommunisten die Abgeordnetenrechte

In der Montag-Sitzung des Hessischen Landtages wurden die kommunistischen Abgeordneten Gumpel und Schäfer mit den Stimmen der Sozialdemokraten für vier Sitzungsstage ausgeschlossen, weil sie sich weigerten, ihre Rotfront-Uniform, in der sie erschienen waren, abzulegen und den Sitzungssaal zu verlassen. Da die Sommerferien Ende Juni beendet sein dürften und der Landtag erst im Herbst wieder zusammentritt, verlieren die beiden Genossen auch während der Ferien ihre Abgeordnetenrechte. Dieser mit Hilfe der SPD. vollführte Schandstreich gegen kommunistische Abgeordnete ist bezeichnend.

800 Bauarbeiter in Dresden ausgeperrt

Aus Dresden wird uns gemeldet: Nach langen, ergebnislosen Verhandlungen traten am 8. Juni die Maurer und Mauerer des Talperrerbauwerks Lehmannstraße in den Streik. Sie forderten Gehalt mit dem Mittel-Prämiencharakter, einen Winterurlaubsverdienst von 2 Mark für Maurer oder die entsprechende Anstellung in der Höhe, wie sie im vergangenen Jahre schon gewährt wurde. Die Mauerer verlangten fast 1,00 Mark 1,23 Mark pro Stunde. Dieser Lohn steht ihnen für ihre lebensgefährliche Arbeit tatsächlich zu. Die Bauleitung hat diese Forderungen brüskelhaft abgelehnt. Die Mauerer stellen als die ersten die Arbeit ein. Die Firma entließ sie. Daraufhin traten auch die Maurer in den Streik. Nun legt die Firma den Bau still und sperren die 800 Bauarbeiter aus. In einer sehr gut besuchten Versammlung wurde von der Gewerkschaft einmütig beschlossen, den Kampf bis zur Bewirkung ihrer Forderungen durchzuführen.

Sozialdemokratischer Polizeipräsident weiß Coermus aus

Der bei der Arbeiterchaft großer Beliebtheit erfreuende russische Sozialdemokrat Coermus erhielt in diesen Tagen vom Dresdener Polizeipräsidenten die Entlassung.

Der die Arbeiterchaft verlassende Dresdener Polizeipräsident führt ein Sozialdemokrat. Diese Verhängung wird noch bevorzogen werden zur außerordentlichen Umwertung, als die Frau des Genossen Coermus schwer krank an der Brust erkrankt und die Arbeiterchaft ihren Namen schon mehrfach unbeschadet genannt hat.

Wären diese Schandblätter eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, der einen Künstler ausweist, der sein großes Können den notleidenden Arbeiterkindern hingibt, nur niedriger hängen.

Schweres Orbenungsglück

Zwei Tote, zwei Verletzte

Kassel, 13. Juni. In der Straße Mühlburg bei Borsje sauste ein Förderwagen, der nicht angeleitet war, in die Tiefe und traf mehrere am Fuße der Straße beschäftigte Arbeiter. Zwei Arbeiter wurden so schwer verletzt, daß sie im Laufe der Nacht starben. Zwei Arbeiter wurden leicht verletzt. Die Untersuchung über die Ursache ist noch im Gange.

Ausnahmestellung gegen Kommunisten in Wien

Die Wiener Polizeidirektion hat eine große Straßendemonstration der kommunistischen Partei gegen die Verletzung des Mieterschutzes verboten. Gleichzeitig wurde unter jüdischen Vorwänden den Kommunisten die Abhaltung von Versammlungen in geschlossenen Räumen untersagt. Die kommunistische Partei Österreichs hat die Arbeiter aufgerufen, trotz des Verbotes auf die Straße zu gehen, und zum Zeichen des Protestes gegen die Verletzung des Mieterschutzes am Freitag, dem 14. Juni, in den Betrieben zu streiken. Die österreichische Sozialdemokratie, durch deren Politik die Mieter verraten wurden, versteckt sich hinter den Maßnahmen der Polizei, die angeordnet hat, daß sie durch ein Angebot von mehreren tausend bewaffneten Polizisten jede Ansammlung mit Gewalt auseinanderzuschlagen werde.

Die Kämpfe in Marokko

Einer M.-Meldung aus Paris entnehmen wir: Man hat auf Dakastadt und mit der Eisenbahn Verstärkungen nach Marokko entsandt, um die von den ausländischen Stämmen umzingelten französischen Truppen zu befreien. Drei Fliegergeschwader belegten die Ansammlungen der Eingeborenen mit Bomben und Maschinengewehrsfeuer. Die Eingeborenen sind in El Bordj und verjagen, mit ihren Stammesbrüdern in Verbindung zu treten. Die Verluste der Franzosen an Toten betragen, nach den letzten Nachrichten, 7 Offiziere und 11 Unteroffiziere und Mannschaften. Zwischen Al Jazouj und El Bordj wurden Feldlager starker feindlicher Streitkräfte festgestellt. Andere ausländische Einheiten marschieren auf Targuist. Der Posten Jasmun ist vollständig umzingelt. Er wurde wiederholt plötzlich angegriffen. Die Kommunisten haben im Kabinett eine Interpellation über das neue militärische Vorgehen in Marokko eingebracht.

Die Rabitulation der mexikanischen Öl-Regierung perfekt

New York, 13. Juni. Nach einer Meldung aus Mexiko-Stadt haben die Verhandlungen zwischen dem mexikanischen Präsidenten und dem Vertreter des Kabinetts zu einer grundsätzlichen Einigung geführt. Der Hauptpunkt des Friedensvertrages, der noch in dieser Woche unterzeichnet werden soll, besagt, daß das Revisionsgesetz außerhalb der staatlichen Gesetzgebung liege. Der Kirchenfrieden wird am kommenden Sonntag durch Wiedereröffnung der Kirchen mit feierlichen Messen gefeiert werden.

Zeitfresser die Hauptbeschäftigung

König Fuad hat am Donnerstagabend in den Räumen der ägyptischen Gesandtschaft dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung ein Essen gegeben. Diese Zeitfresser sind doch die Hauptbeschäftigung dieser Leute.

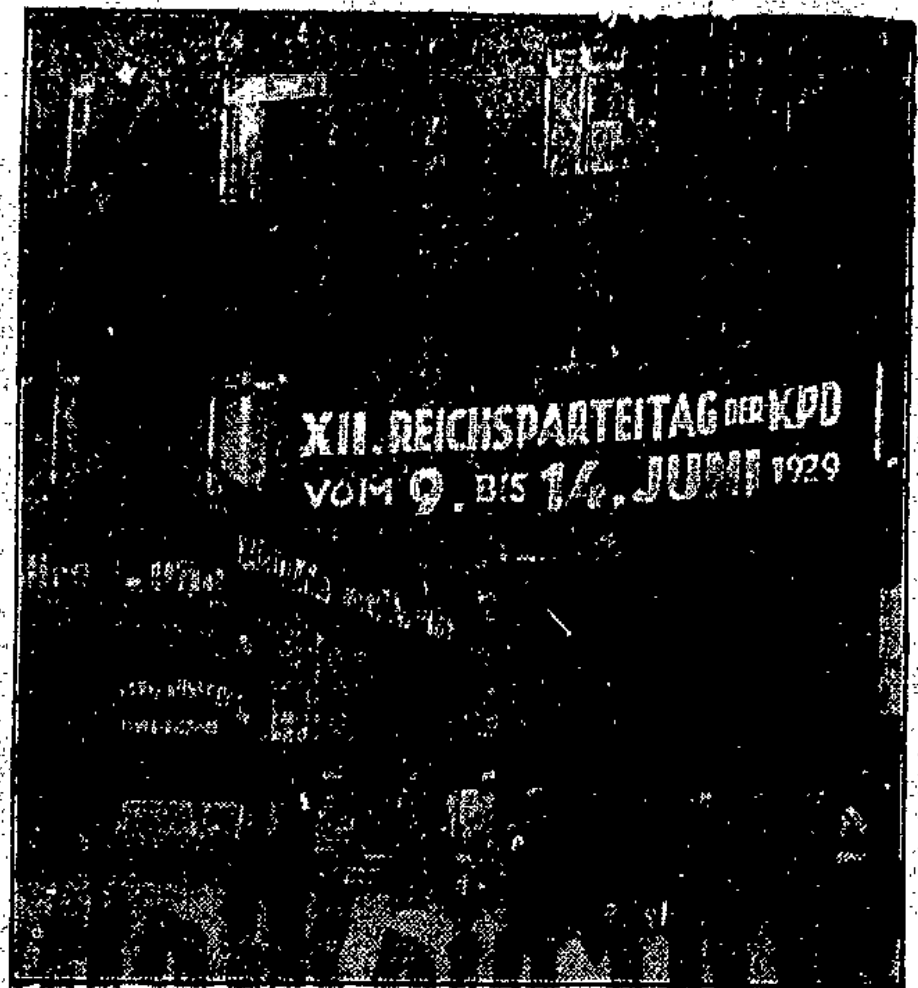
Stahlhelm-Ordnung sticht Arbeiter nieder

Breslau, 14. Juni.

Ma. Als der Arbeiter Bruno Stempowski und seine Frau in der Nacht zum 24. Juni 1928 über den Mattiasplatz gingen, blieben sie beim Café Reihoff auf drei Männer, den Zahnarzt Dr. Raebisch, den Rechtsanwalt Dr. Haselbach und den Studenten Gajrowski. Haselbach begann den Arbeiter durch Worte zu kitzeln, wobei auch dann von Seiten Stempowskis die Antwort kam: „Das ist feig. Ihr seid ja dreie!“ Als der Zahnarzt Raebisch, ein bekannter Stahlhelmer, den Wortwechsel vernahm, ging er mit geschwungenem Stod auf Stempowski los. Vielleicht fühlte er Mut in sich, weil er mit seinem Freunde Haselbach von Sigling kam, wo man nach alter Germanensitte immer noch eins getrunken hatte. Stempowski bekam plötzlich einen Hieb über den Kopf, so daß ihm das Blut herunterlief. Ebenso beteiligte sich Haselbach, der ebenfalls einen Stod hatte, daran, auf den einzelnen Arbeiter einzuschlagen.

Plötzlich zog Raebisch aus seiner Tasche ein rittartiges ärztliches Instrument und rief es Stempowski tief in den Unterleib. Daraufhin verschwand der kaffere Stahlhelmer in der dunklen Nacht. Inzwischen war auch ein Schupo erschienen, der den schwerverletzten Stempowski und Haselbach mit zur Wache nahm. Auf dem Wege dorthin brach Stempowski bewußtlos zusammen. Lange Zeit lag er schwertrank daneben.

Wegen dieser Bluttat fanden gestern der Zahnarzt Raebisch und der Rechtsanwalt Haselbach vor dem Schöffengericht. Die Anklage lautete auf Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges. Stempowski war als Nebenkläger zugelassen. Die Angeklagten versuchten sich darauf herauszureden, daß sie nicht die Angreifer gewesen wären. Dem steht die Behandlung des Nebenklägers gegenüber. Raebisch wollte außerdem in „Notwehr“ gehandelt haben. Sogar Staatsanwalt Steinberg war der Meinung, daß



XII. REICHSPARTEITAG DER KPD VOM 9. BIS 14. JUNI 1929

Das Tagungsort des Reichsparteitages

Subjektiv-ener Arbeiter verhindern nationalsozialistische Demonstration

In Ludwigshafen versuchten die Hitler-Garden eine Demonstration durchzuführen. Die Ludwigshafener Arbeiter waren gegen diese Provokation der Faschisten auf der Straße und gingen zu einer Gegenemonstration über. Angesichts der entschlossenen Haltung der Arbeiter, unter keinen Umständen eine Demonstration der nationalsozialistischen Provokateure zu bilden, mußte die Polizei nachgedrungen dazu übergehen, den schwachen Zug der Hitler-Garden aufzulösen. Um sich bei den Arbeitern für die Blamage der Hitler-Leute zu rächen, wurden einige Arbeiter von der Polizei festgenommen.

SPD. wählt Stahlhelm-Stadtrat

Wie unser Bruderorgan, die Magdeburger „Tribüne“ aus Bernburg berichtet, wurde dort in einer Stadteroberungsaktion am 10. Juni der eingetretene Stadthalter Michels mit den Stimmen der SPD. zum Stadtrat gewählt. Die schon oft erregte getretene Einheitsfront zwischen Reichsbanner, SPD. und Stahlhelm findet hiermit ihre neuerliche Bekräftigung.

Glücklicher Ausgang einer Orbenkatastrophe

Kattowitz, 13. Juni. Auf der Lytandra-Grube ereignete sich am Mittwochabend eine Katastrophe, die glücklicherweise noch einen guten Ausgang nahm. In einem stehengebliebenen Pfeilerbau hatten sich schlechte Wetter und schädliche Gase angesammelt, die durch plötzliches Zubrechen eines Pfeilers in den frühen Morgenstunden verloren. Von ungefähr 60 Bergleuten blieben einige auf dem Platz liegen. Ungefähr zwei Stunden später konnten alle Arbeiter in Sicherheit gebracht werden. Einige von ihnen wurden ins Knappschaftslazarett gebracht.

Die südafrikanischen Parlamentswahlen

London, 13. Juni. Die Wahlen zum südafrikanischen Parlament haben bis jetzt zu folgendem Ergebnis geführt: Südafrikanische Partei (General Enuts) 56 Sitze, gewonnen 10, verloren 3, Nationalistische Regierungspartei 41, gewonnen 4, verloren 2, Arbeiterpartei (in zwei Gruppen zerstückelt) 3 und 3 Sitze. Die beiden arbeitertypischen Gruppen haben zusammen 3 Sitze gewonnen und 10 verloren. Die Unabhängigen verloren einen Sitz.

Eisenbahner!

Achtung bei den Wahlen zur Reichsbahnarbeiter-Pensionskasse!

Nicht verwirren lassen!

Wählt Liste „Revolutionäre Opposition“!

(Einheitsliste der Eisenbahner)

von Notwehr in diesem Falle keine Rede sein könne. Es standen zwei Männer mit Säcken gegen einen einzigen, der keinen Stod besaß. Mit Rücksicht auf die schwere Verletzung beantragte er gegen Raebisch neun Monate Gefängnis, während sein Antrag bei Haselbach auf Freispruch mangels Beweises lautete. Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Simon, führte aus, daß wenn ein Arbeiter mit dem Messer sticht, die übliche Lage ein Jahr Gefängnis sei. Hier lasse man aber, weil es sich um einen Akademiker handle, Milde walten, obwohl der Bildungsgrad des Angeklagten strafverschärfend zu werten sei. Auch Haselbach müsse bestraft werden.

Der Vertreter des Haselbach, der völkische Anwalt Schmidt, hält eine präventive Polemik gegen den Rechtsanwalt Simon über „parlamentarische Ausdrücke“. Dabei behauptete dieser Herr die Unversöhnlichkeit, die Zeugin Pohl verächtlich als „jogenannte Frau“ des Nebenklägers zu bezeichnen. Außerdem gab er einen Einblick in die völkische Vorstellungswelt, indem er ausführte, sein Klient sei ein „deutscher Rechtsanwalt“, der kein größeres Vergnügen kenne, als das, einem „deutschen Arbeiter“ die „schöne Hand“ zu drücken. Anscheinend ist also Stempowski niedergestochen worden, weil er ein „internationaler“, und nicht ein „deutscher Arbeiter“ ist. Zwar ist ja auch der Messerstecher Raebisch kein Deutscher, sondern ein gebürtiger Hamburger.

Das Gericht war merkwürdigerweise der Auffassung, daß Raebisch in „Notwehr“ gehandelt habe. Allerdings sei diese Notwehr aber schritten worden. Deshalb lautete das Urteil:

auf sechs Monate Gefängnis. Haselbach wurde freigesprochen.

Ein unerhört milbes Urteil! Wäre ein Arbeiter der Messerstecher gewesen, hätte man bestimmt nicht Notwehr angenommen. Aber für Akademiker gilt eben bei unserer Justiz, wie Rechtsanwalt Simon richtig ausführte, eine Sonderregel.

Der Vertreter der Komintern spricht

Die Rede des Genossen Semard in der Mittwoch-Nachmittags-Sitzung des Parteitag

Der 12. Parteitag der KPD tritt zusammen ein Jahr nach dem 6. Kongress. Die ganze Entwicklung des letzten Jahres hat die Einschätzung dieses Weltkongresses, insbesondere in Bezug auf die 3. Periode der Nachkriegszeit des Kapitalismus bekräftigt. Dieses Jahr war ein Jahr der Verschärfung aller Gegensätze des kapitalistischen Systems, ein Jahr der Verschärfung des Klassenkampfes des Proletariats und ein Jahr einer großen Wendung in der revolutionären Taktik und Strategie der kommunistischen Parteien auf der Grundlage der Beschlüsse des 6. Weltkongresses der KJ und des 4. Kongresses der KGB. In diesem Jahre sind die Parteitage aller größeren Sektionen der KJ (Frankreich, England, Tschechoslowakei, Amerika, Norwegen, Desterreich und andere) durchgeführt worden. Ein jeder dieser Parteitage hat eine große Bedeutung für die entsprechende Sektion und auch eine große Bedeutung für die ganze KJ gehabt. Diese Parteitage haben die Wichtigkeit der Beschlüsse und der Linie des 6. Weltkongresses bekräftigt und haben diese Linie und alle aus ihr sich ergebenden Konsequenzen in der praktischen Politik dieser Parteien durchgeführt.

Aber die größte internationale Bedeutung haben die stattgefundenen 10. Parteikonferenz der KPD und der heute zusammengetretene 12. Parteitag der KPD.

Die 10. Konferenz der KPD hat den fünfjährigen Plan angenommen, der ein Plan des sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion ist. Diese Konferenz hat eine klare und scharf umrissene Linie für den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion, für die Industrialisierung und die Kollektivierung der Landwirtschaft aufgezeigt. Diese Konferenz hat ein Ende gemacht mit allen Schwankungen, die in den Reihen der KPD im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus aufgetreten sind. Sie hat einen unverzweifelnden Kampf gegen alle rechten und verzweifelnden Tendenzen durchgeführt. Die Konferenz der KPD hat die größte Aufmerksamkeit den Problemen der Taktik und Strategie der proletarischen Partei im Lande der siegreichen proletarischen Revolution gewidmet.

Die Bedeutung der KPD in der KJ.

Vor dem 12. Parteitag der KPD steht die Aufgabe der weiteren genauen Konkretisierung der Taktik und Strategie des Proletariats in einem der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder, der Anpassung dieser Taktik an die Bedingungen der dritten Periode auf der Grundlage der Beschlüsse des 6. Weltkongresses. Die KPD ist ihrer Größe nach die zweite Sektion der KJ und die erste der Parteien in den kapitalistischen Ländern. Nach der KPD hat die KPD die größten Erfahrungen in der Führung des Klassenkampfes des Proletariats. Die führende Rolle der KPD in der KJ ist eine Folge dessen, daß diese Partei, unter Lenins Führung, den längsten Weg des Klassenkampfes durchgemacht und eine siegreiche proletarische Revolution hinter sich hat. Die große Bedeutung der KPD in der KJ besteht darin, daß die KPD die größten Erfahrungen des revolutionären Kampfes in den ersten zehn Jahren nach der großen proletarischen Revolution hinter sich hat. Sie besteht auch darin, daß die KPD in einem Lande ihre revolutionäre Tätigkeit führt, in welchem die Verschärfung der Gegensätze und des Klassenkampfes in der dritten Periode am schärfsten zutage getreten sind. Außerdem hat die KPD in Westeuropa die größten Traditionen des revolutionären Kampfes. In der Erinnerung der deutschen Arbeiter stehen sehr frisch die revolutionären Kämpfe, welche das deutsche Proletariat unter der Führung der KPD durchgemacht hat. Die KPD hat den breitesten, am meisten geschulten und in revolutionären Kampf erharteten Parteitag. Deswegen spielt die KPD und wird es noch mehr, im Zusammenhang mit der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes und des Herannahens einer akut revolutionären Situation, eine große und in Westeuropa immer mehr führende Rolle.

Deswegen hat der 12. Parteitag der KPD eine internationale politische Bedeutung. Er ist ein bedeutendes internationales politisches Ereignis. Es steht vor ihm eine ernste politische Verantwortung.

Die internationale Lage

Das vergangene Jahr nach dem 6. Weltkongress hat mit einer besonderen Klarheit die Richtigkeit der Analyse der dritten Periode als einer Periode der Verschärfung aller Gegensätze des kapitalistischen Systems bewiesen. Dieses Jahr hat besonders am Beispiel Deutschlands bestätigt, daß diese Verschärfung in einem immer schnelleren Tempo vor sich geht.

Der grundlegendste Gegensatz ist der Gegensatz zwischen den kapitalistischen Ländern und der UdSSR.

Die Verschärfung dieses Gegensatzes tritt hervor in dem zunehmenden Tempo der kriegerischen Vorbereitungen der kapitalisti-

schen Welt gegen die UdSSR und in dem Heranreifen der Gefahr des unmittelbaren Angriffes gegen den ersten proletarischen Staat. Das kommt in den letzten Wochen zum Ausdruck in den eifrigsten Kriegsvorbereitungen Polens, in der Beherrschung von Afghanistan durch die englischen Agenten, in der Verschärfung der Antisowjetmaßnahmen durch die konterrevolutionäre Chiang-Kai-Schek-Regierung. Die erst beendigte Reparationskonferenz in Paris hat auch die Tatsache bestätigt, daß sich Deutschland aktiv in die Antisowjetfront der imperialistischen Mächte eingereicht hat. Unter der Führung der sozialdemokratischen Regierung Müller bereitet sich das kapitalistische Deutschland zum Kriege, in erster Reihe zum Kriege gegen die UdSSR vor.

Verzöhler schwächen die Kriegsgefahr ab

Die Theorie der Verzöhler, welche die Aktualität und die Verschärfung der Kriegsgefahr gegen die UdSSR unterschätzen, ist eine Entwertung des Proletariats in seinem Kampfe für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion.

Die Verzöhler sehen es nicht, daß der Gegensatz zwischen den kapitalistischen Welt und dem ersten proletarischen Staat der Hauptgegenstand der jetzigen dritten Periode ist und daß dieser Gegensatz sich immer mehr vergrößern wird, je größer die Errungenschaften der UdSSR auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaus, je höher die revolutionäre Welle in den kapitalistischen Staaten sein wird.

Die Regierungsänderung in England bedeutet keine Verkleinerung der Kriegsgefahr der Imperialisten gegen die UdSSR, ungeachtet der Möglichkeit von scheinbaren Kompromissen, die MacDonald zum Betrage der englischen Arbeiter in den Beziehungen zur UdSSR machen kann. Der Vorsitzende der II. Internationale, Henderson, als Minister des englischen Königs, wird gemeinsam mit seinen Parteigenossen Müller und Boncour die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion weiterführen.

Die jetzige Situation stellt vor das deutsche Proletariat noch schärfer, als das bis heute der Fall war, die Aufgabe des verstärkten Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Verteidigung der UdSSR. Der internationale Kampf gegen den imperialistischen Krieg muß ein Tag der Demonstration aller Kräfte werden, die bereit sind, gegen den imperialistischen Krieg und für die revolutionäre Verteidigung der UdSSR aktiv einzutreten. Die Bourgeoisie und die Sozialdemokraten behaupten bei der aktiven Mithilfe der rechten und trotzkistischen Renegaten des Kommunismus, daß die KJ für den 1. August einen Putsch vorbereite. Sie machen dies, um die wertvollen Massen von dieser Demonstration abzuhalten, um die eigenen Kriegsvorbereitungen zu verdecken. Sie machen es, um die Möglichkeit zu bekommen, um alle Kräfte, die sich aktiv in die revolutionäre Front des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr einreihen, niederzumekeln. Um so größer sind deshalb die Aufgaben aller Parteien bei der Vorbereitung und Durchführung des 1. August.

Der Aufschwung der Kolonialbewegung

Der zweite Gegensatz der jetzigen Periode, das ist die sich verstärkende revolutionäre Bewegung in den Kolonien und in den Vasallenländern. Den Imperialisten, zusammen mit den konterrevolutionären chinesischen Generalen, ist es nicht gelungen, die erschöpften Massen Chinas zu beruhigen. Der Ueberfall auf die Sowjet-Konfulate ist eine Folge der großen Popularität der UdSSR unter den chinesischen Massen und der Bereitschaft dieser Massen, für ein Sowjet-China zu kämpfen. Sehr richtig betont der Entwurf der politischen Thesen, die vom 3. K. dem Parteitag vorgelegt wurden, daß die chinesische Revolution in eine Sowjet-Phase eingetreten ist und daß der neue Aufschwung der chinesischen Revolution sich nur unter der Lösung des Kampfes für ein Sowjet-China entwickeln wird.

In der jetzigen Periode der verschärften Gegensätze des kapitalistischen Systems sind die revolutionären Bewegungen in den Kolonien eine ungeheure Gefahr für den Imperialismus. Die internationale Solidarität der kämpfenden wertvollen Massen der ganzen Welt, sowohl der Kolonien wie auch der kapitalistischen Mutterländer, ist heute von größter Bedeutung.

Der dritte Gegensatz der gegenwärtigen Periode ist die zunehmende Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten untereinander. Nach dem 6. Weltkongress hat sich der anglo-amerikanische Gegensatz verschärft. Angeheuer hat sich der Konkurrenzkampf um neue Absatzmärkte zugepoint. Die neue Regierung MacDonald in England bedeutet keinesfalls eine pazifistisch-demokratische Aera oder eine vollständige Liquidierung des anglo-amerikanischen Gegensatzes. Diese angebliche Arbeiterregierung wird mit neuen komplizierten und „verbesserten“ Methoden die imperialistische Politik des engli-

chen Imperialismus, die Politik der kolonialen Unterdrückung und der Entzweiung der UdSSR weiterführen.

Die Verschärfung der Klassen-gegenstände

In einem noch schnelleren Tempo wachsen die inneren Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Staaten, wachst der Wille des Proletariats zum Kampfe. Das heutige Jahr charakterisiert die Verschärfung der Klassengegenstände in allen kapitalistischen Ländern. In allen Ländern große Streiks: Lohd, Ruhr, Frankreich, Textil- und Landarbeiterstreiks in der Tschechoslowakei, Landarbeiterstreik in Bulgarien.

Obwohl die unmittelbare Ursache dieser Streiks die Offensive des Kapitals ist, ist aber das charakteristische Merkmal aller dieser Streiks ihr gegenoffensiver Charakter. In der Arbeiterklasse haben sich große revolutionäre Kräfte und Energien angesammelt. Die Arbeitermassen allein und unter der Führung der KP gehen immer deutlicher zur Gegenoffensive über. Ihr Kampf für wirtschaftliche Forderungen nimmt immer mehr einen politischen Charakter an. In den Massen tritt immer klarer der Gedanke auf, daß der Kampf für die Verbesserung ihrer Lebenslage nur dann erfolgreich sein kann, wenn er aufs engste mit dem Kampfe gegen das ganze kapitalistische System und seinem Teile, der Sozialdemokratie, verbunden wird. Nur durch Ueberwindung des Widerstandes der reformistischen Bürokratie, nur durch den schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei ist die erfolgreiche Durchführung dieser Kämpfe möglich.

Es erheben sich zum Kampfe die am meisten rückständigen, die am meisten ausgebeuteten Teile der Arbeiterklasse. In diesem Zusammenhang tritt klar die ungeheure große Rolle der Unorganisierten, der Frauen und der Jugend in allen letzten Streiks hervor. Das beweist, daß die Einstellung auf die Linksentwicklung der wertvollen Massen sich vollständig bestätigt. Diese Linksentwicklung, diese Radikalisierung ist von zwei Momenten abhängig: in erster Reihe ist sie eine Folge der allgemeinen Vertiefung der kapitalistischen Nachkriegszeit. Zweitens ist diese Radikalisierung eine Folge der Tätigkeit der Parteien in der Richtung der Organisierung und Führung der Massen. Die Umwandlung der sich entwickelnden Radikalisierung der wertvollen Massen in eine zielbewusste, revolutionäre Aktivität dieser Massen, das ist voll und ganz von der Initiative, der Tätigkeit und dem Kampf der kommunistischen Parteien abhängig.

Deswegen hat eine große Bedeutung die taktische Wendung des 6. Weltkongresses der KJ und des 4. Kongresses der KGB, welche am vollständigsten und am meisten konsequent in Deutschland durchgeführt wurde.

Die KPD hat als erste richtig das Problem der Unorganisierten gestellt. In den meisten Ländern rekrutieren sich die Unorganisierten aus den breiten, am meisten ausgebeuteten Schichten des Proletariats. Sehr oft haben sich diese unorganisierten Massen revolutionär im Kampfe bewährt. Diese Unorganisierten haben als einzige Führerin in ihrem Kampfe für die Verbesserung ihrer Lebenslage unsere Partei betrachtet und sind ihr gefolgt.

Die KPD hat als eine der ersten auf der Grundlage der Beschlüsse des 4. Kongresses der KGB das Problem der selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe durch die kommunistische Partei, durch die in den Betrieben demokratisch gewählten Kampfleitungen gestellt. Diese Erfahrung hat eine große Bedeutung für alle Sektionen der KJ, insbesondere deswegen, weil alle jetzigen Wirtschaftskämpfe nur im Kampfe gegen die Führer der Sozialdemokratie und gegen den kapitalistischen Staatsapparat durchgeführt werden können.

Die KPD hat in den letzten Betriebsräte-wahlen ein Beispiel revolutionärer Taktik geliefert, indem sie selbständig während dieser Wahlen aufgetreten ist. Dieses selbständige Auftreten hat ihr die Möglichkeit gegeben, große Massen der Organisierten und Unorganisierten unter ihre Führung zu bringen und Großbetriebe in einer Reihe von bedeutenden Industriezweigen zu erobern. Diese Wahlen waren ein Maßstab des wachsenden Einflusses der kommunistischen Partei in der Arbeiterklasse.

Der Kampf um die Mehrheit

Obwohl die KPD die Mehrheit in bedeutenden Industriebetrieben erobert, steht aber vor ihr noch die große Aufgabe der Eroberung der Mehrheit der ganzen Arbeiterklasse Deutschlands, ihrer Hegemonie im deutschen Proletariat. Der Kampf um die Hegemonie innerhalb der Arbeiterklasse steht im Vordergrund aller Aufgaben der KPD.

Die KPD hat bereits zur Lösung dieser wichtigsten Aufgaben die ersten entscheidenden Schritte gemacht. Die erfolgreiche Vollendung dieser Aufgabe ist die wichtigste Voraussetzung für den endgültigen Sieg des Proletariats. Die KPD wird die Hegemonie innerhalb der Arbeiterklasse nur realisieren können:

1. Durch den schonungslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie, ihre Entlacung auf der Grundlage der tagtäglichen Erfahrungen der

Massen, durch den schonungslosen Kampf besonders gegen die sogenannten „linken“ Sozialdemokraten, durch die Entzweiung ihres konterrevolutionären und sozialfaschistischen Charakters.

2. Durch den schonungslosen Kampf gegen alle rechten Gefahren und opportunistischen Schwankungen bei der Durchführung der neuen revolutionären Taktik und Strategie der Partei.

3. Durch die größte Initiative der KPD bei der Mobilisierung der Massen, von ihren täglichen Forderungen und Bedürfnissen ausgehend, zum Kampfe gegen den Dreibund des Trutzkapitals, des kapitalistischen Staats und den Reformismus, für die Diktatur des Proletariats.

4. Durch die organisierte Festigung des politischen Einflusses der Partei unter den wertvollen Massen. Verstärkung der organisatorischen Verbindung der Partei mit den Großbetrieben.

5. Durch Ueberwindung der sozialdemokratischen Traditionen und Ueberbleibsel in der Partei und Ueberwindung des Bürokratismus.

6. Durch Förderung der Selbstinitiative des Parteimitgliedschaft und der breitesten Massen. Stärkung der Kontrolle der Parteiführung durch die Parteimitgliedschaft.

7. Durch systematische bolschewistische Selbsterziehung und gleichzeitige Einföhrung einer eisernen proletarischen Disziplin in der Partei.

8. Durch Erneuerung und Auffrischung sowie Erweiterung und bolschewistische Schulung der Parteiführer. Heranziehung zur Parteiführung, sowohl im Bezirks- wie im Landesmaßstab von Arbeiterinnen und Jugendlichen im höheren Grade als bisher und endlich

9. Durch eine systematische leninistische Schulung der Mitglieder und der Funktionäre, um ihr ideologisches Niveau zu heben.

Der Kampf der KPD für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, für die Realisierung ihrer Hegemonie unter den proletarischen Massen muß als Vorbild für alle Parteien der KJ dienen.

Die Matereignisse

haben bewiesen, wie schnell der Kampf der wertvollen Massen sich auf eine höhere politische Stufe erhebt. Sie bewiesen auch, wie schnell sich die KPD in eine offen sozialfaschistische Partei entwickelt. Die Matereignisse im Wedding und Neukölln haben von diesem Standpunkte aus eine große internationale Bedeutung.

Die kommunistische Internationale und das revolutionäre Proletariat aller Länder bewundern ihre brüderliche Solidarität mit den Barrikadenkämpfern im roten Wedding und Neukölln. (Starker Beifall).

Die Provokation des Sozialdemokraten Jörgiebel war ein Ausbruch der allgemeinen Offensive der Bourgeoisie und der aktiven Einreihung des kapitalistischen Deutschlands unter der Führung der Sozialfaschisten in die Antisowjetfront und befolgte das Ziel, die KPD, das größte Hindernis in der Durchführung der Kriegspläne, die Führerin des proletarischen Klassenkampfes niederzumekeln.

Die spontanen Teilaufstände in Berlin

Das Berliner Proletariat unter der Führung der KPD hat sich kein Recht auf die Straße nicht rauben lassen. Auf die Provokation der Polizeifaschisten hat es mit einem Massenkampf, der der jetzigen Entwicklungsstufe entspricht, geantwortet. Ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse hat seine Bereitschaft, zur Offensive gegen das gefamte kapitalistische System überzugehen, gezeigt. Die Berliner Barrikadenkämpfe waren spontane Teilaufstände des Berliner Proletariats in einer Situation, die noch keine akut revolutionäre war. Aber diese Kämpfe beschleunigen das Heranreifen einer akut revolutionären Situation, sie beschleunigen den revolutionären Aufschwung des Proletariats, den Aufschwung der breiten Massen zum politischen Kampf, ihre Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand. (Beifall).

Die Matereignisse waren eine ernste Prüfung für die KPD selbst. Sie haben ihre starken wie auch schwachen Seiten zutage gebracht: einerseits ihre Bereitschaft, die Massen entschlossen in den revolutionären Kampf zu führen, ihre Hegemonie in der Arbeiterklasse zu realisieren, andererseits aber auch die noch ungenügenden organisatorischen Fähigkeiten, die breitesten Massen zu mobilisieren, die ungenügende organisatorische Verbindung mit den Großbetrieben, die ungenügende Anpassung der Organisation, der Parteiführer und der Methoden der Parteiarbeit an die Bedingungen einer verschärften revolutionären Situation.

Die große Bedeutung der Matereignisse besteht noch darin, daß die Partei die Möglichkeit hat, die Erfahrungen der Matereignisse, die in einer nicht akut revolutionären Situation vor sich gingen, auch gründlichste für die Vorbereitung der Partei zum bewaffneten Aufstand in einer akut revolutionären Situation auszunutzen. Wir sind überzeugt, daß die KPD aus diesen Erfahrungen alle notwendigen Schlüsse und Konsequenzen zur Stärkung und Konsolidierung ihrer Reihen ziehen wird.

(Beifall)

Für die revolutionäre Einheit des Proletariats

Fortsetzung der Rede des Genossen Semard in der Mittwoch-Sitzung des Parteitags

Der Sozialfaschismus

Die Materialisten haben klarer als alle anderen die Gefahren gesehen, die die Sozialdemokratie Deutschlands, wie die ganze 2. Internationale, in eine neue Phase ihrer Entwicklung eintritt.

Die Sozialdemokratie hat sich vom Sozialfaschismus und Sozialimperialismus zum Sozialimperialismus und jetzt immer offener zum Sozialfaschismus entwickelt. (Sehr richtig!)

Die Sozialdemokratie hat sich von der Unterstützung des imperialistischen Krieges zum aktiven Organisator des herannahenden imperialistischen Krieges (insbesondere gegen die Sowjetunion) entwickelt. Das traurige Beispiel liefert in dieser Beziehung der Magdeburger Parteitag der SPD. Der Magdeburger Parteitag der SPD hat das Wahsprogramm bekräftigt, die Drohung einer sozialfaschistischen Diktatur aufzuheben, einen tatsächlichen Plan der SPD konstatieren, der von den Interessen und der Reaktion der Sozialdemokratie mit dem Truskapital bestimmt ist. Die SPD ist heute eine bürgerliche Arbeiterpartei, deren führende Köpfe die stärksten und bewährtesten Stützen des kapitalistischen Staates sind.

Der eigentliche Zweck, den jetzt die Sozialdemokratie durchmacht, besteht darin, daß die SPD innerhalb der kleinbürgerlichen Massen und der Arbeiteraristokratie wächst und gleichzeitig ihren Einfluß in den entscheidenden Industriezentren ausdehnt. So mehr die Arbeitermassen sich radikalisieren und revolutionieren werden, desto offener wird die SPD, die Spaltung aller Arbeiterorganisationen durchzuführen und zu Terrormitteln und reinen faschistischen Methoden gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung greifen.

Es ist eine Lüge, wenn die Sozialfaschisten mit Hilfe der rechten und trotzkistischen Renegaten des Kommunismus die Behauptung aufstellen, daß die KPD für die Spaltung der Gewerkschaften überhaupt bestrebt. Mit dieser Lüge wollen die Sozialfaschisten aller Länder ihre eigene bezüchtigte imperialistische Rolle in der Gewerkschaftsbewegung vor den Augen der Arbeitermassen, ihre Unterstellung der Gewerkschaftsorganisationen dem Truskapital, verdecken.

Die KPD, welche die Einheitsfront der Arbeitermassen von unten in den Betrieben organisiert, die Schwelbend zwischen den organisierten und unorganisierten Arbeitern zu durchbrechen sich bemüht, strebt zur Gewinnung der Massen in den Gewerkschaften, zur Sozialisierung der Massen von den reformistischen Gewerkschaftsbewegungen, zur Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung durch Verlesung und Verbreitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Die KPD ist die einzige Verteidigerin der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse. Es ist klar, daß die Sozialdemokratie immer mehr, im Zusammenhang mit dem wachsenden Einfluß der KPD auf die Arbeitermassen, die Politik des schonungslossten Kampfes gegen die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und für ihre Spaltung führen wird. Der Terror der Sozialdemokratie und der Polizei gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung verfolgt den Zweck, die Arbeitermassen vom revolutionären Kampf abzuwenden und das Wachstum und die Entwicklung der KPD zu hemmen.

Die Drohung der Sozialfaschisten, eine Diktatur anzusetzen, bedeutet die Gefahr einer faschistischen Diktatur im Interesse des Kapitals gegen das Proletariat.

Die linken Sozialdemokraten bemühen sich, den kompromittierten Sozialfaschismus, die Partei der Wels, Förgel und Hilferding, mit „linken“ Phrasen und schlaun Manövern zu retten. Objektiv spielen heute dieselbe Rolle wie die linken Sozialdemokraten die rechten Stützen des Kommunismus, Stambler, Thalheimer, Frölich, Walker und andere, welche sich die historische Aufgabe gestellt haben, die revolutionären Arbeiter von der kommunistischen Partei abzugelenken und, den Namen der revolutionären Partei, Lenin und Rosa Luxemburg auszunutzen, sie in das Lager des Reformismus zu führen. (Sehr wahr!)

Vor der KPD steht die wichtige Aufgabe des unversöhnlichen Kampfes gegen den Sozialfaschismus. Die Sozialdemokratie, die Hauptstütze des Imperialismus in der Arbeiterklasse, ändert heute immer mehr, wie wir es schon früher betont haben, ihre soziale Basis. In derselben Zeit, wo die KPD immer mehr die Partei der Großbetriebe wird, immer mehr zur einzigen Partei des Proletariats heraustritt, tritt die Sozialdemokratie immer offener als Partei der Bourgeoisie auf.

Zwei Parteitage — Magdeburg und Wedding

Magdeburg war der Parteitag der Mittwoch-Sitzung, Wedding der Parteitag der Donnerstag-Sitzung. Die KPD in revolutionärem Wedding ist im Gegen-

halt zu Magdeburg die eigentliche Vertretung des revolutionären Proletariats Deutschlands. (Sehr richtig!)

Die Kominterndelegation stellt mit der größten Befriedigung und Genugtuung fest, daß der Parteitag der KPD, aufs engste mit den Arbeitern in den Betrieben verbunden ist. Zum Parteitag sind zahlreiche Arbeiterdelegationen aus Betrieben erschienen. Sie sind ein Beweis dafür, wie tief verankert die Partei in den Betrieben, in den proletarischen Massen, wie bedeutend der Einfluß der Partei geworden ist.

Magdeburg und Wedding — das sind zwei Welten. Dort die Welt des Bürgertums, des Kapitalismus, des Imperialismus, des fortwährenden Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion, und hier im Wedding, im Wedding der Arbeitermassen, die Welt der proletarischen Revolution, der revolutionären Verteidigung der Sowjetunion, der Vorbereitung des Proletariats zum bewaffneten Kampf, zum Sturz der kapitalistischen Ordnung, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats. (Beifall, Handklatschen!)

Die KPD als Klassenpartei und Führerin des Proletariats ist gleichzeitig die Führerin aller wertvollen Massen in Stadt und Land. Sie konzentriert die Kräfte aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, der armen Bauern und des Landproletariats zum Sturz der bürgerlichen Ordnung.

Der Kampf gegen den Opportunismus

Die dritte Periode, die Periode der verschärften Klassenkämpfe, die Periode der Zulipung der revolutionären Kämpfe mußte naturgemäß die Abwanderung der Elemente innerhalb der KPD, die noch unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Ideologie waren, aus den Reihen der Kommunisten hervorrufen. Das sind dieselben Elemente, die vor dem revolutionären Kampf zurückweichen, die revolutionäre Erschütterungen und Opfer fürchten, die im Grunde genommen dieselben arbeitervertreterischen und verbürgerlichten Arbeiterelemente vertreten wie die Sozialdemokratie. (Sehr wahr!) Hier liegen die Ursachen, warum sie die Bedeutung und Rolle der Unorganisierten unterschätzen, ihrer Angst vor einer selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe durch die kommunistische Partei, ihrer Angst vor revolutionärem Auftreten (z. B. am 1. Mai). Das sind die Ursachen ihres Scheiterns über den angeblichen Purismus der Partei und dergleichen.

Die Abwanderung dieser Elemente aus den Reihen der kommunistischen Internationale war eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Übergangs zu neuen Kämpfen. Ohne eine Reinigung der eigenen Reihen von den Opportunisten ist es unmöglich, den revolutionären Kampf zu führen, ist es unmöglich, die Massen hinter sich zu führen, ist es unmöglich zu siegen. (Sehr wahr, stürmischer Beifall!)

In Deutschland, wo die Gegenläufe des kapitalistischen Systems in der dritten Periode am traurigsten hervortreten, mußte dieser Prozeß früher als in allen anderen Ländern gutgehehen. Ohne eine Reinigung der eigenen Reihen von den Opportunisten wäre es der KPD, unmöglich, an neue Arbeiterschichten heranzutreten, neue Arbeitsmethoden anzuwenden. Von diesem Standpunkte aus ist der Kampf der KPD gegen die Rechten von internationaler Bedeutung.

Es bedeutet eine fortschreitende Volkshewegung der KPD, ihre Vorbereitung zu neuen großen Kämpfen.

Leider haben das jederzeit nicht gleich alle Mitglieder der KPD verstanden. Und deshalb sind manche Mitglieder der KPD im September des vorigen Jahres der Revolution der Rechten unterlegen. Die Parteimassen mußten unter Mithilfe des G. A. K. das J. A. der KPD korrigieren. (Beifall!)

Bedeutet der Ausschluß der Rechten eine Schwächung der KPD? Im Gegenteil! Er bedeutet die Stärkung der KPD als der Klassenpartei des deutschen Proletariats. (Sehr gut!)

Die Rolle der Rechten von den Versöhnlern übernommen

Ist der Prozeß der Reinigung der Reihen der KPD von den opportunistischen Elementen beendet? Nein! Die Rolle der Rechten in der KPD ist von den Versöhnlern leider — jetzt — übernommen worden. (Handklatschen.) Die Bekehrung der sozialfaschistischen Entwicklung der Sozialdemokratie durch die Versöhnler, die Unterhinderung der Kriegsgeschichte gegen die UdSSR, ihre Stellung zu den Materialisten, ihre Forderung, daß die KPD am 1. Mai an den reformistischen Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen sollen, ihre Stellungnahme zu den unorganisierten Arbeitern und im Besonderen zu den Betriebsrätenwahlen, ihre imperialistische Politik, die Unterhinderung und Erschütterung der Parteidisziplin, die geistige

reaktionäre Plattform sowie die Reden der Genossen Ewert und Meyer beweisen unstrittig, daß die Versöhnler bereits die Positionen der Rechten bezogen und innerhalb der Partei eine neue rechte Fraktion gegründet haben. Die Genossen Ewert und Meyer versuchen die Gegenläufe hinter angeblich tatsächlichen Gegenläufen zu verdecken. In Wirklichkeit sind es politische Gegenläufe, die Genossen haben eine andere politische Linie als die Partei. In einer kommunistischen Partei kann es jedoch keine zwei politischen Linien geben. (Stürmischer Beifall.)

Die Partei ist verpflichtet, die Genossen Ewert und Meyer, die ihre opportunistische Position nicht aufgeben, die Linie der Partei nicht vorbehaltlos annehmen werden, in formeller leitender Funktion zu belassen. Die Partei muß die Versöhnler warnen, daß sie, wenn sie ihre Tätigkeit auf der Linie der vorgelegten Plattform fortsetzen, das Schicksal der ausgeschlossenen Liquidatoren teilen werden.

Bei der weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe werden wir Zeugen eines zweiseitigen Prozesses sein. Einerseits werden von der KPD alle die abwandern, die sich vor der Revolution fürchten, die nicht kämpfen wollen, andererseits werden zur Partei neue Schichten der Arbeiter kommen, die unter der Führung der kommunistischen Internationale zu kämpfen bereit sind. Die Materialisten liefern ein trauriges Beispiel in dieser Hinsicht.

Derselbe Prozeß wie in Deutschland geht auch in anderen Parteien vor sich.

Die tschechoslowakische Arbeiterpartei hat in der vergangenen Periode unter der Führung der opportunistischen Gruppe von Haib und Tilet keine größeren Kämpfe durchführen können. Der erste Versuch der Partei, die Linie des 6. Weltkongresses der KPD, und des 4. Kongresses der KPD, in die Praxis umzusetzen, ließ auf einen ungeheuren Widerstand aller opportunistischen Elemente und insbesondere auf den Widerstand der liquidatorischen Gruppe in den roten Gewerkschaften der Tschechoslowakei, Haib, Sýkora, Radwanek. Der nordböhmische Streit, in dem ihre Massen gefallen sind, in dem sie sich entlarvt haben, war ungeachtet des Betrags der Liquidatoren eine Grundlage für die neue Vorbereitung der Partei auf dem Gebiet der Wirtschaftskämpfe. Der Landarbeiterstreik in der Slowakei hat bewiesen, daß die KPD, nach der Reinigung ihrer Reihen von den liquidatorischen Elementen eine immer größere Verbindung mit den Massen erlangt. Wäre es möglich gewesen, daß die KPD bei einer liquidatorischen Leitung diesen großen Kampf hätte durchführen können? Eine solche Leitung, eine Leitung der heutigen Renegaten des Kommunismus, der Tilet, Kuratka und Haib konnte die KPD nur zur Niederlage führen. Deswegen war es die Aufgabe der Parteimassen der KPD, unter der Führung der kommunistischen Internationale diese liquidatorische Führung zu befeitigen und an die Spitze der Partei eine revolutionäre Arbeiterleitung zu stellen.

Ähnliche Prozesse wie in der KPD und KPdSU, sind auch in anderen Parteien vor sich gegangen, wie z. B. in Amerika.

Auch in der KPdSU hat die Notwendigkeit eines entschiedenen Kampfes gegen die Kulaken, der sich verschärfende Klassenkampf im Dorf, bei größeren ökonomischen Schwierigkeiten, Schwankungen mancher Schichten in der Partei hervorgerufen. Diese Schichten wollen keinen Kampf gegen den Kulak, sehnen sich nach einer friedlichen Verlesung der Klassen, nach einem friedlichen Hineinwachsen des Kulaken in den Sozialismus.

Die Sozialdemokraten, die Rechten und trotzkistischen Renegaten und die Versöhnler behaupten, daß die KPD eine Krise, einen Zerfallsprozeß durchmacht. Die Entwicklung aller kommunistischen Parteien nach dem VI. Weltkongreß beweist das Gegenteil. Die Reinigung der kommunistischen Reihen von den rechten und trotzkistischen Renegaten bedeutet keine Krise der KPD und ihrer Parteien. Diese Reinigung ist der Beweis eines großen ideologischen und organisatorischen Konsolidierungsprozesses aller Sektionen der kommunistischen Internationale, einer verstärkten ideologischen Bewaffnung des Proletariats, der Vorbereitung seiner revolutionären Vorhut zu den bevorstehenden großen revolutionären Kämpfen. Diese Reinigung der Reihen der KPD ist in Wirklichkeit eine Befreiung der KPD vom opportunistischen Ballast und sozialdemokratischen Ueberbleibseln.

Wir sind eine kommunistische Weltpartei

Das ist der Unterschied zwischen uns und der Sozialdemokratie. Alle politischen Affären der KPD werden von allen ihren Sektionen international durchgeführt. Es ist notwendig, noch mehr die Internationalisierung unserer Reihen zu fördern. Keine politische Aktion kann nur als die Sache der betreffenden Partei allein betrachtet werden.

Die Partei, welche der Kampf an der Spitze der Betriebsrätenwahlen haben einen Partein

Widerhall in allen Parteien der KPD gefunden. Der Kampf der Hamburger Textilarbeiter ist heute ein Kampf des internationalen Proletariats. Unsere Strategie und Taktik bestimmen wir kommunistisch gemeinsam als Weltpartei. Die mehr erfahrenen Parteien helfen den weniger erfahrenen. Die Erfahrungen der großen russischen Revolution sind heute die wichtigste Quelle, aus der alle kommunistischen Parteien schöpfen. Die Erfahrungen der deutschen Arbeiter, die Erfahrungen der KPD, werden von allen Parteien für ihre eigene Tätigkeit ausgewertet. (Stürmischer Beifall.)

Wir lernen gemeinsam aus allen unseren Erfahrungen und Niederlagen. Wir helfen uns gegenseitig bei der Verbesserung der Logik unserer Politik und bei der Auswertung der Lehren aus diesen Lehren! Wir sagen es allen vor dem ganzen Welt, daß die einzelnen Sektionen der KPD keine voneinander selbständigen und isolierten Parteien, sondern Teile einer Weltpartei sind. (Beifall.) Unsere Strategie, unsere Taktik, unsere politische Linie wird von unseren Parteitagen und unseren Weltkongressen, von unserem Weltzentrum, der Exekutive der kommunistischen Internationale, die aus den Vertretern der wichtigsten Sektionen zusammengesetzt ist, festgelegt und bestimmt. (Sehr richtig!)

Zum Unterschied aber von der Sozialdemokratie ist jede Sektion der kommunistischen Internationale selbständig und voll und ganz unabhängig von der Bourgeoisie, vom Truskapital, vom Finanzkapital, von den Feinden des Proletariats. (Stürmischer Beifall.)

Die Kettenhunde der Bourgeoisie, die Brüder Giebel, Grzejinski, Müller und Seering, bedrohen die KPD mit dem Verbot. Das gesamte revolutionäre Proletariat wird sich geschlossen hinter seine Partei zu ihrer Verteidigung stellen. Es ist die Aufgabe der KPD, die breitesten Massen des Proletariats gegen das neue Vorgehen der Sozialfaschisten auf die politische Rechte der Arbeiterklasse zu mobilisieren. Die kommunistische Partei, die diesen Kampf auf das Breitesten zu entfalten hat, muß aber gleichzeitig alle Vorbereitungen und Maßnahmen zur weiteren Führung des revolutionären Kampfes, zur Verbindung mit den breitesten Massen, zur allseitigen Entfaltung ihrer Tätigkeit treffen, auch für den Fall, daß die sozialfaschistische Regierung ihre legale Existenz verbietet wird. (Beifall.)

Parteisogenossen und Genossinnen! Vor dem 12. Parteitag der KPD stehen Aufgaben von erstklassiger Bedeutung. Die Blick aller revolutionären Proletarier Deutschlands, des ganzen revolutionären Proletariats der Welt, der gesamten KPD, sind jetzt auf euren revolutionären Wedding gerichtet. Die Kampfswaffen, die auf eurem Parteitag geschmiedet werden, gehören der gesamten kommunistischen Weltbewegung.

Die Delegation der KPD zu eurem Parteitag ist fest überzeugt davon, daß der Parteitag durch eine klare, marxistisch-leninistische Analyse der Lage, durch die schärfste Selbstkritik die vor ihm stehenden Aufgaben lösen und die Hoffnungen des deutschen und des ganzen internationalen Proletariats rechtfertigen wird. Wir sind tief überzeugt davon, daß der 12. Parteitag einen großen Schritt nach vorwärts auf dem Wege des deutschen Proletariats zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats sein wird.

Es lebe die KPD!
Es lebe die kommunistische Internationale!
Es lebe die proletarische Weltrevolution!

(Stürmischer, langanhaltender Beifall, die Delegierten erheben sich und stimmen spontan die „Internationale“ an.)

„Die KPD“

Organ des Zentralkomitees der KPD, zum XII. Parteitag in Berlin

wird während des Parteitags täglich erscheinen.

Für 70 Pfennig einen ausführlichen Parteitags-Bericht!

Die Zeitung muß sofort bestellt werden bei dem Zentralkomitee der KPD, Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28, Zeitprop-Abteilung.

Beitrag im voraus einlösend (in Briefmarken oder auf Postcheckkonto Wilhelm Pleck, Berlin Nr. 102 244).

Einzelbestellungen 7 Zeitungen 70 Pf., Sammelbestellungen durch Parteiorganisationen von 20 Exemplaren an werden auf 50 Pf. für 7 Parteitagszeitungen ermäßigt.

Jeder Unterbezirk, jede Ortsgruppe, jede Betriebs- und Straßenzelle sammelt sofort 20 Bestellungen und sendet die 10 Mark ein. Jedes einzelne Mitglied, jeder Funktionär sichert sich ein Protokoll durch sofortige Bestellung und Vorauszahlung der 70 Pf.

Genossen! Nutzt diese Gelegenheit aus!

Erwerbslosenfragen im Breslauer Stadtparlament

Breslau, 14. Juni.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung — in der die Genossen Welt und Dombrowski wegen Teilnahme am Reichsparteitag fehlten — zog sich sehr in die Länge, führten doch die einzelnen Vorlagen zu größeren Diskussionen, in denen besonders schlecht der Magistrat abschritt, gegen den gestern sogar die Bürgerlichen Sturm liefen. Aus den vielen, meist sehr unwichtigen, Reden sei nur die von Darsz' Boteminitis einer schönen Seele hervorgehoben, der den Deutschnationalen und den Völkischen bei der „Buma“-Debatte, deren „Ehrenpräsident“ bekanntlich Gänthering ist, rief, er habe von dem Herrn Reichspräsidenten noch eine bessere Meinung, als die Rechte. Ein treuer Anbeter!

Der Anfang der Sitzung bringt belanglose Vorlagen. Eine längere Diskussion gibt es wegen des Umbaus von Lehrer-Dienstwohnungen in Mchanisch zu Klassenräumen, der schließlich beschlossen wird.

Dann kommt die Seländel'sche Vorlage, die auf Antrag der Kommunisten von der Geheimen auf die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung gesetzt wurde, zur Behandlung. Maxer Sappel verteidigt diese Vorlage weniger im Auftrag des Magistrats als der Straße in langer Rede, in der er die Angriffe der „Arbeiter-Zeitung“ zu entkräften sucht. Genosse Zylla prangert die Verschleierungspraktiken des Magistrats an. Die Stadt will ein Gelände mit der Abalbertsgemeinde tauschen.

Das 21. mal so groß ist wie das von der Letzteren Gebotene, und noch 5000 Mark zuzahlen.

Genosse Zylla verlangt Ablehnung dieses Kaufes. Karl Pletisch (Soz.) weist diese klaren Entschlüsse aus und beantragt Ausschussberatung in langer Rede, der auch mit Mehrheit zugestimmt wird. Die nächste Vorlage betrifft die Neuordnung des Tarifvertrages der städtischen Angestellten, die angenommen wird. In dem neuen Tarif ist u. a. die Vereidigung der Angestellten vorgesehen. (Wenn das so weiter geht, werden auch bald die Nachschichter, die Müllkühler und die Aufschneefrauen auf ihre „Pflichten“ gegenüber der Republik verpflichtet werden.)

In dem Hause Friedrich-Wilhelm-Straße 46 soll ein Jugendheim errichtet werden. Für Miete und Ausstattung werden 4000 Mk. bewilligt.

Die Vorlage betreffend die 35 000 Lagerwerke neuer Notstandsarbeit, über die wir gestern ausführlich berichteten, soll auf Wunsch des Volksparteilers Dalspaa in dem Ausschuss verbleiben. Dasselbe verlangt Thum (Deutschnational). Genosse Stadtrat Kinnon teilt auf Anfrage mit, daß das Arbeitsamt es abgelehnt habe, zu den Notstandsarbeiten mehr als 30 Prozent der ausgearbeiteten Erwerbslosen zuzulassen, obwohl er öfters darüber verhandelt habe.

Er wendet sich gegen den Antrag auf Ausschussberatung, da es im Interesse der Erwerbslosen liegt, wenn der Vorlage sofort zugestimmt wird.

well dann eher mit den Arbeiten begonnen werden kann. Die Vorlage wird gegen Volkspartei und Deutschnationale mit 55:10 Stimmen angenommen.

Für die Aufstellung neuer Ferngasleitungen im Gaswerk Darrgoh werden 570 000 Mark verlangt. In der Diskussion werden der Verwaltung der Betriebswerke heftige Vorwürfe gemacht, daß bei solchen Halbmaßnahmenprojekten keine Beratungsmöglichkeit im Ausschuss besteht, und daß sie nicht in den Etat eingestellt wurden. Stadtbaurat Zillmer erklärt dazu, daß deshalb gemacht zu haben, weil die Kessel bei einer Verquickung mit den Staatsberatungen sicher abgelehnt worden wären. D. h. also, man hat den Etat nur zu dem Zweck um eine halbe Million „entlastet“, um die gleiche Summe in einer Sonderbudgetvorlage anzufordern. Das ist gerade wie Hofe. Der „Erfolg“ ist ein freier Entwurf. Die Vorlage wird schließlich in den Ausschuss verwiesen.

Darf (Soz.) verlangt dann die Zustimmung zu dem 150 000 Mark betragenden „Buma“-Zuschuß, der bereits im Ausschuss beschlossen wurde. Darfs neues Argument ist, daß durch die „Buma“ die Bierverbrauchssteuer mehr einbringen wird. Eine selbige Begründung! In der Debatte kommt

der große Kassenhammer,

der schon jetzt herrscht, zum Ausdruck. Bajakowski (Deutschnational) will, wenn das Defizit da ist, „richtig loslegen“, und Schade (Zentrum) meint, das Defizit muß deshalb kommen, weil zu wenig Reklame gemacht werde. Diesen unangenehmen Reden tritt Messe-Wolf mit diesen Spitzfindigkeiten entgegen. Genosse Zylla lehnt für die kommunistische Fraktion den Zuschuß mit aller Entschiedenheit ab, her aber trotzdem — selbstverständlich — von den „Buma“-Freundigen beschloffen wird.

Nächster Punkt der Stadtverordnetenversammlung ist die Vorlage über die Straßenumbenennung. Das jämmerliche Kompromiß wird von Gdstein (Soz.) als „unbefriedigend“ bezeichnet. Die übliche Phrase, denn Tatsache ist, daß sozialdemokratische Stadträte, wie z. B. Lejner, den Ausschlag gegeben haben zu diesem „unbefriedigenden“ Kompromiß. Genosse Zylla ergreift zu der kommunistischen Anfrage das Wort und wendet sich in scharfen Worten gegen das Kompromiß des Magistrats, das er jämmerlich und ekelhaft nennt. (Ordnungsruß.) Zylla, fortsetzend: Ich habe nicht den Magistrat, sondern das Kompromiß elchhaft genannt (Heiterkeit).

Wolienhin wendet sich Genosse Zylla gegen die beiden Königs-Gipsfiguren im Stadtverordnetenversammlungssaal und erklärt,

falls keine Arbeitskräfte vorhanden sind, werde eine Abteilung Arbeiter-Frontkämpfer gern bereit sein, die beiden Steinhausen wegzutransportieren.

Stadtbaurat Behrendt erklärt, daß die Fürstengilde während der Ferien entfernt werden. Aus der weiteren Debatte sind die Ausführungen von Rabus (Zentrum) bezeichnend, der sich wundert, daß Herr Gdstein so radikal tue, während die Sozialdemokratische Partei, auch in Breslau, doch immer kapitalistischer werde, die Bourgeoisie läßt ihr zu und die Proletarier, die angeblich besonders vertreten werden sollen, werden bald keinen Platz vor sozialbürgerlichem mehr haben. (1) Nach den Ausführungen einiger weiterer Diskussionsredner — Herr Stein (Völkisch) schlägt z. B. vor, daß die Krullstraße in Gdsteinstraße umbenannt werde! — läßt Genosse Zylla im Schlußwort den Deutschnationalen Thum geistig ablaufen, der einige bunte Weisheiten gemacht hatte, worauf die Debatte über diesen Punkt geschlossen wird.

Nach 21 Uhr kommt der Antrag zur Beratung, der gegen den Abbau der Erwerbslosenversicherung protestiert und der von Reim begründet wird. Bujakowski (Deutschnational) versucht, die Unternehmer zu verteidigen. Daumann (Zentrum) polemisiert mit dem ihm eigenen Logik vor allem gegen die „Schlesische Arbeiter-Setzung“, die während des Winters das Arbeitslosenversicherungs-gesetz bekämpft habe, während jetzt die Kommunisten sich bagoggen werden, wenn es verschlechtert werden soll. (Eine Selbstverständlichkeit. Die Red.) Kr. selbst er muß zugeben, daß die geplanten „Reformen“ unerträglich sind. Nach einer langen Rede bringt er schließlich einen nichttragenden Antrag ein, der „wünscht“, daß bei einer „Neuregelung“ der Arbeitslosenversicherung die „Großstädte nicht noch mehr belastet werden“. Den Standpunkt der Kommunisten legt in wirkungsvoller Rede der Genosse Zylla dar. Wenn wir auch noch

Ein böser Reinfall

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung brachte Krumm, der starke Mann der sozialdemokratischen Fraktion, eine dringliche Anfrage ein, ob es klüme, daß der Breslauer Magistrat acht Omnibusse nicht in Breslau, sondern in Grünberg herstellen lasse. Mit donnernder Stimme „geißelte“ Herr Krumm halb eine halbe Stunde lang dieses Verhalten.

Doch auf einmal war er sehr ruhig. Was war denn da passiert? Es hatte sich unterdessen herumgesprochen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Verkehrsdeputation geschlossen für die Grünberger gegen die Breslauer Firmen gestimmt, und damit erst diese Regelung der Auftragsvergebung herbeigeführt hatten. Au Bode, eine schöne Blamage.

Im übrigen durfte der Verkehrsdezernent, Stadtrat Zillmer, sehr, sehr deutlich werden, indem er von Firmen sprach, die „sich hier bemerkbar machen“. Das heißt doch wohl, daß Krumm der Wortführer von Firmeninteressen gewesen sein soll. Warum hat er dazu nichts gesagt...?

Schloßplatz — Holteihöhe

Vom Arbeiterpartei-Komitee wird am geschriebenen: Unmöglich der „Reichs-Arbeiterpartei“ veranstalten die Breslauer Arbeiterpartei am Sonntag, dem 16. Juni, früh 10 Uhr, eine große gemischte Straßenspektakel, an der sich 14 Mannschaften beteiligen werden. Start: 10 Uhr auf dem Schloßplatz. Ziel: Holteihöhe. Die Breslauer Bevölkerung, die schon zu wiederholten Malen den Breslauer Arbeiterpartei ihre Sympathie bewiesen hat, wird auch in diesem Jahre in Wäffen an den genannten Punkten sowie auf allen Straßen, durch die der Lauf geführt wird, erscheinen, um Zeuge einer großartig organisierten sportlichen Veranstaltung zu sein. Sagt es euren Arbeitskollegen und Bekannten!

Note Pressefahrt

Nicht verkaufte Karten müssen sofort zurückgegeben werden. Beim Verlag können noch Karten nachgefordert werden. Am Sonnabend, 12 Uhr, muß alles abgerechnet sein, da wir sonst die Kolportiere mit den noch in ihrem Besitz befindlichen Karten belasten müssen.

Beim Baden in der Oder gegenüber der Pumpstation ertrunken ist am Donnerstagmittag der 20 Jahre alte Arbeiter Bernhard Kaiser, wohnhaft Leuthenstraße 49. Die Leiche ist von der Feuerwehr gelandet worden. Als Todesursache wurde Schlaganfall festgestellt.

Zwei Kinder überfahren. Am Donnerstag um 13,40 Uhr wurden an der Kaiser- Ecke Gellhornstraße die Schüler Günther Hoyer und Gerhard Gräber von einem Kraftrad überfahren. Beide Schüler erlitten erhebliche Verletzungen.

Selbstmord. Von der Rechte-Oberufer-Eisenbahnbrücke ist in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ein unbekannter junger Mann in selbstmörderischer Absicht in die Oder gesprungen. Nachforschungen waren bisher ohne Erfolg.

Parteiengenossen und KFWB-Kameradinnen! Am Montag, 19.30 Uhr, findet im „Rote Löwe“, Kupferhämmerstraße, eine kombinierte Versammlung statt. Wichtigste Tagesordnung: Vollständiges und pünktliches Erscheinen Pflicht!

Immer prinzipielle Gegner des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind, weil der Staat die Verpflichtung hat, aus eigenen Mitteln Unterhaltungen zu gewähren, werden wir das Schwebende in dem Augenblick verteidigen, in dem es noch verschlechtert werden soll. Daß es so weit kommen konnte, ist nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen,

daß in der bürgerlichen Presse in der gewissenlosesten Weise gegen die Arbeitslosen gehetzt wurde.

So schrieb dieser Tage eine Zeitung, sogar Schullinder würden Erwerbslosenunterstützung bekommen! (Lachen.) Wie demnach müssen die Leser dieses Blattes von dessen Redaktion gehalten werden! Ein besonderes Argument, vor allem der Sozialdemokraten, ist die Behauptung, die Arbeiter hätten durch das Gesetz einen „rechtlichen Anspruch“ auf die Unterstützung. Infolge der verschiedenen Einkommensbestimmungen ist es aber heute so, daß nur ein Teil diesen Anspruch hat. (Maj 1929 z. B. nur 57,7 Prozent aller Arbeitslosen.) Besondere Anstrengungen macht man, die Unterstützungssätze für verheiratete Frauen abzubauen. Warum geht denn eigentlich eine verheiratete Proletarierfrau arbeiten? Doch nur aus bitterster Not. Wenn man jetzt deren Unterstützungssätze abbauen will, heißt das, neues Elend schaffen. Auf den Ansturm mit den hohen „Maurerlöhnen“ braucht man nicht erst einzugehen. Denn dieser liegt mit 50 Mark nicht einmal über dem Existenzminimum, und zudem haben ja die Bauarbeiter selbst im Hochsommer nicht einmal alle Arbeit. In Schlesien blieben während der Monate Juli-August 1928 nicht weniger als 1600 arbeitslos. Die Kommunisten werden die Arbeiter auch weiterhin auffordern, allen sogenannten

„Reform“-Versuchen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Krumm (Soz.) wendet sich um die aufgeworfenen Fragen herum und erklärt, eine Erwerbslosenversicherung selbst mit höheren Beiträgen der Arbeiter sei besser als gar keine. (Lachen.) Ich protestiere mit vollem Bode, aber wenn ihr es doch macht, habe ich auch nichts dagegen. Auch Krumm bringt einen nichttragenden Antrag ein, der in der Abstimmung angenommen wird, während die Anträge Reim und Daumann abgelehnt werden. Um 21 1/2 Uhr ist Schluß der öffentlichen Sitzung.

Von einer bemerkenswerten Empfindlichkeit ist Steffen, der frühere Redakteur des „Kämpfers“. Solange er für den Inhalt dieses Blattes verantwortlich war, ließ er seine Namen Nummern vorübergehen, ohne sich an der „Arbeiter-Zeitung“ zu reiben und gegen einzelne Genossen aus der Redaktion durchaus persönlich gehaltene Angriffe zu richten, die mit dem sachlichen Inhalt der behandelten Dinge nicht das geringste zu tun hatten. Demgegenüber hat es die „Arbeiter-Zeitung“ stets vermieden, etwas Ähnliches zu tun. Wenn wir uns mit dem „Kämpfer“ beschäftigten, dann immer in ironischer Weise, jedes Schimpfwort vermeidender Weise, wie es a. B. auch vorgestern geschah. Das möchte selbst Steffen aufgefassen sein. Trotzdem wollen wir aus Gründen der Lokalität die Angaben Steffens unseren Lesern mitteilen, der befreit, daß er seine Arbeit aus dem von uns angegebenen Grunde aufgegeben hat, sondern wegen eines Unfalles, der ihn für längere Zeit arbeitsunfähig machte.

Heute

ist noch Gelegenheit, bei den Kolporturen der „Arbeiter-Zeitung“ Karten zu kaufen für die

Rote Presse-Fahrt

am Sonntag, dem 16. Juni, nach Pleischwitz-Margareth. Preis für die Hin- und Rückfahrt 1,00 Mark, Kinder 25 Pf. Freitag Schluß des Vorverkaufs.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Breslau
 — Straßenseite II. Freitag 20 Uhr im Weidhölz, Weidhölzstraße 10, Sitzung. Sämtliche Sammelstellen sofort beim Ausgehen abgeben.
 — Stadtrat Südb. Freitag 20 Uhr bei Berger, Gebau, Ecke Reubornstraße.
 — Funktionärstagung. Sämtliche funktionäre des gesamten Stadtteils und Unterfunktionäre haben zu erscheinen.
 — Stadtrat Zentrum. Freitag 20 Uhr bei Wagner, Messergasse 34, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Der 12. Parteitag. 2. Der Aufbau unseres Stadtteils.
- Kommunistischer Jugendverband**
- Breslau
 — Nord. Alle Genossen und Genossinnen beteiligen sich Sonntag an der „Rote Presse-Fahrt“.
 — Die „Rote Presse-Fahrt“ Sonntag früh pünktlich 8 Uhr an der Freidittsbrücke.
 — Görtz. Freitag: Generalsammlung beider Gruppen im „Jugendheim“, Werdergasse. Mitteilungsblätter sowie Beitragsgebühren mitzubringen.
 — Görtz. Sämtliche Teilnehmer an der Raftwanderung in die Heide treffen sich Sonnabend 18 Uhr am Bahnhof. Sonntagsfahrten bis Pleischwitz. Fahrpreis beträgt 1 Mark.
 — Weidhölz. Sonntag treffen sich alle Jugendgenossen am Bürgerstein früh 8 1/2 Uhr, zum Ausflug nach dem Pleischwitz. Bitte pünktlich mitkommen.
- Jung-Spartakus-Bund**
- Breslau
 — Aktion. Aktion. Alle Bioniere, die keine Karten zur Rote Presse-Fahrt haben, melden sich 1/2 Stunde vor Abfahrt bei ihren Betlern. Auch müssen die Bioniere und Jugendgenossen, welche Instrumente besitzen, diese mitbringen.
 — Bioniere vom Westen treffen sich pünktlich Sonntag 1/2 Uhr Königshaus.
- Noter Frauen- und Mädchenbund**
- Breslau
 — Freitag 8 Uhr, Paradies, Ostwig, Generalprobe. Alle Mitwirkenden müssen erscheinen.

Breslauer

D o h a n n i s f e s t

Das Fest der schles. Heimat, gegenüber der Ausstellung „Wohnung u. Werkraum“, mit dem „Schlesischen Himmelreich“ vom 15. bis 30. Juni 1929, geöffnet von 2 Uhr mittags bis 1 Uhr nachts

Morgen Sonnabend, 2 Uhr: Eröffnung
6 Uhr: Jugend-Repräsentativ-Fußballspiele

Sonntag, 16. Juni 1929
2,30 Uhr: Motorrad-Sternfahrt nach dem Johannisfestplatz. Start: Schloßplatz
3,15 Uhr: Motorrad-Fußballspiel und leichtathletische Wettspiele.

Täglich große Sportkämpfe
Niesegesehene Schaukämpfe
Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pfennig, Kinder 10 Pfennig
Etttage (Sonn- u. Donnerstage): Erm. 50 Pf., Kinder 20 Pf.
Dauerkarten für alle Tage gültig: 2,50 Mk., Kind 1,00 Mk.
Vorverkauf bei Barasch

Waldenburger Bergland

Werttätige von Ober-Salzbrunn, heraus!

Am Sonnabend, dem 15. Juni, um 19 Uhr, findet im „Goldenen Acker“ eine öffentliche Wählerversammlung statt. — Referent ist Stadtrat K. M. von Breslau. Werttätige, erscheint zahlreich!

Für den Ortsteil Sandberg findet eine Versammlung am 22. Juni, um 19 Uhr, im „Hotel Sandberg“ statt.

Fahnenweihe in Wästegiersdorf

Am 20. und 30. Juni findet die Flag- und Fahnenweihe des Arbeiter-Turn- und Sportvereins „Fichte“, Wästegiersdorf, statt. Diejenigen Sportvereine, welche die Fragebogen noch nicht beantwortet haben, müssen dies sofort nachholen. In der Ausschmückung der Säule wird die Einwohnerschaft von Wästegiersdorf gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Reifig dazu kann vom 22. Juni an vom Hotel „Zur Sonne“ unentgeltlich abgeholt werden. Arbeiter von Wästegiersdorf und Umgegend, beteiligt euch in Massen am Aufmarsch der Arbeiterturner Wästegiersdorfs!

Freiburg

Ein interessanter Vortrag

Der „Volkshand für Mutter- und Sexualhygiene“ (Börsig) veranstaltet am Sonnabend, um 20 Uhr, im „Goldenen Acker“ in Freiburg eine große öffentliche Versammlung. In dieser Versammlung spricht der frühere Regierungs- und Medizinalrat Dr. Boetters-Juidau über das Thema:

„Die Vernichtung und Verhütung unwerter und unglücklichen Lebens.“

Gerade dieser Art ist es, der neben den wenigen anderen Vorträgen versucht, durch Zuschriften und Gesandtschaften an den Reichstag im Interesse der Menschlichkeit, Kultur und Wissenschaft durch neue Probleme die Zeugung von geistig minderwertigen Menschen durch Anwendung von Sterilisation oder Kastration zu beseitigen. Zur Deckung der Unkosten wird ein kleines Eintrittsgeld erhoben. Derselbe Vortrag findet am Sonntag, dem 16. Juni, in Neu-Salzbrunn statt.

„Schwarzweihrot“ im „Bär“

H. K. Seitdem der Gastwirt Eggert im „Bär“ eingezogen ist, herrscht dort ein Zustand, der jedem Arbeiter von Zirlau zu denken geben muß. Am vergangenen Sonntag fand dort ein Konzert statt, das uns zur Frage veranlaßt: Herr Eggert, wissen Sie nicht, daß die übergrößen Mehrheit der Zirlauer Bevölkerung Arbeiter sind und ihre Meinung etwas anders ist, als das, was Sie durch Ihre Kapelle den Bewohnern bieten? Es sind Arbeitergroschen, von denen Sie leben. Wenn Sie das Bedürfnis haben, Ihre abgetakelten wühlmännischen Raritäten der Bevölkerung vorzuführen, dann ist das Ihre Angelegenheit, die Arbeiter werden dann Ihrer Wirtlichkeit keine Sympathien entgegenbringen.

Die Mitglieder aller Gewerkschaften werden ersucht, sich an dem Festzug des Verkehrsverbandes am Sonntag, dem 16. Juni, zu beteiligen. Sammeln aller Mitglieder Sonntag mittags 1 Uhr hinter der Brauerei. — Ortsausflug des ADBV.

Königszell

Reichs-Arbeiter-Sporttag

Am Sonnabend, dem 15. und Sonntag, dem 16. Juni, veranstaltet das Königszeller Sportklub den im ganzen Deutschen Reich stattfindenden Reichs-Arbeiter-Sporttag. Die sportlichen Veranstaltungen nehmen bereits am Sonnabendnachmittag ihren Anfang mit den Wettkämpfen der Schüler und Schülerinnen, diesen schließt sich ein Faustballturnier von sechs Mannschaften auswärtiger Vereine an, darunter ist auch Königszell mit zwei Mannschaften vertreten. Das Wettrennen am Sonntag früh ruft alle Sportler zum vollständigen Kampf auf. Ein Jugendspiel wird das Vormittagsprogramm zum Abschluß bringen. Der Nachmittag wird eingeleitet durch den Festzug, welcher durch den Ort nach dem Sportplatz führt. Nach Auf- lösung des Zuges folgen zwei weitere Fußballspiele: Königszell II gegen Saarau I. Das größte Interesse wird den beiden Mann-

Schweidnitz

Wer ist der Verlierer? Ein goldenes Reitlenarmband mit Anhänger, geschätzt 11. F. 30. S. 27, gestohlen an Wäzholen gegen Ausweis bei Genossen Herrig, Schweidnitz, Kupferschmiedstraße 7.

Eine Propagandasahrt der Arbeiter-Redaktion unternimmt der Bund „Solidarität“ am Sonnabend um 18.30 Uhr ab „Stadt Breslau“.

Striegau

Todessturz mit dem Fahrrad

In Gutschdorf stürzte ein 24-jähriger lediger Arbeiter auf einem Radabsturz. Er zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er nach kurzer Zeit verstarb.

Schweidnitzer Metallfirmen vor Gericht

Was ist ein Berufsjahr?

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

In Schweidnitz tagte am 11. Juni die Angelegenheitenkammer des Arbeitsgerichtes. Es war eine Dauer Sitzung von 8.30 bis 18.30 Uhr, mit nur 20 Minuten Pause. Zunächst lagen einige Klagen von Angestellten vor.

Firma Främb & Freudenberg

vor. Man hatte dort kürzlich einzelne Angestellte entlassen und begründete diesen Schritt mit „Betriebsumstellung“. Ein Fall lag besonders trag. Ein 54-jähriger Ingenieur sollte plötzlich auf die Straße und an seine Stelle setzte die Firma einen jungen Mann in den zwanziger Jahren. Dies tat sie, obwohl die Arbeit von dem Ingenieur K. nach Aussagen der Firma durchaus zufriedenstellend war. Ein so alter Angestellter wird nie wieder Stellung finden, er und seine Familie werden durch die Entlassung dem Hungertode preisgegeben. Dem konnte sich auch das sonst sehr arbeitgeberfreundliche Arbeitsgericht nicht entziehen. Die Firma Främb & Freudenberg wurde zur Wiedereinstellung oder Zahlung von 1270 Mark verurteilt.

Grundständige Streitigkeiten zeigten sich bei einem Streitfall der Kronwerke

gegen neun ihrer Angestellten. Der eingeführte Tarif, von dessen allen Anstandsgefühlen, hohnsprechender Auslegung wir schon Anfang Februar ausführlich berichteten, hat immer noch nicht Ruhe eintreten lassen. Wir müssen uns nur wundern, daß sich die Angestellten bis zum heutigen Tage gefallen lassen, daß ihre berechtigten Forderungen ihnen einfach ausgestritten werden. Der vorliegende Streitfall gab neben den Klagen wegen unrichtiger Eingruppierung folgenden Rat: Was ist ein Berufsjahr? Jeder Mensch, der logisch denken gelernt hat, wird darauf antworten: das sind die Jahre, die jemand in seinem Berufe ist. Herr Schoder hat hierfür eine andere Auslegung, die so mühsam war, daß sie das Gericht gar nicht verstehen konnte, obwohl das Arbeitsgericht durchaus nicht fehr für die Angestellten eingestellt war. Wir können uns eriparen, darauf

hingzuweisen, daß die Analegungskünste des Herrn Schoder, der andere nur ungern zum Worte kommen ließ, die Angestellten schwer geschädigt hätten. Die Gesamtsumme des Objektes betrug ja trotz der kurzen Zeit bereits gegen 3000 Mark. Wenn Herr Schoder über die Tätigkeit seiner Angestellten sprach, so mußte man annehmen, daß er eine Schar ausgesprochener Dummköpfe beschäftigt. Die Angestellten sollten doch einmal in Betracht ziehen, wie ihre Arbeit von ihren Arbeitgebern gewertet wird, wenn sie was bezahlen sollen, und mehr Klassenbewußtsein wie bisher zeigen. In einem Falle wurde Vergleich erzielt, der einem Angestellten 40 Mark brachte. Bei der grundsätzlichen Entscheidung über die Frage der Berufshöhe sollte das Gericht die Entscheidung, die es einzeln fällen konnte. Es erklärte die Ansicht der Angestellten, Berufsjahre sind die Jahre, die jemand in seinem Berufe tätig ist, für richtig. Aber seiner selbst ungewiß, ließ es wegen der Grundständigkeit dieser Auslegung Berufung zu. Es werden also sich demnächst Landesarbeitsgericht und Reichsgericht über die konfuse Gedanken des Herrn Schoder in diesen Fragen zu unterhalten haben. Die restlichen sieben Klagen wurden bis zum Vorliegen dieser Entscheidungen vertagt.

Angestellte, ihr solltet euch doch wirklich einmal überlegen, ob eure Interessen durch die Vertreter des Kapitalismus, die euch in der Frage des täglichen Brotes bei jeder Gelegenheit übers Ohr zu hauen suchen, wahrgenommen werden. Angestellte, überlegt euch, daß ihr als Arbeitnehmer auch in die Reihen des Proletariats einziehen müßt, wenn ihr wirklich in eurem Kampfe etwas erreichen wollt. Angestellte, ihr seid auf das Brot angewiesen, das ihr euch mühsam durch Kopparbeit erwerben müßt, wie der Arbeiter durch die Handarbeit.

Hand- und Kopparbeiter schließen sich zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Klasseninteressen zusammen in der einzigen Stütze der Arbeitnehmerschaft, der kommunistischen Partei Deutschlands!

Niederschlesien

Textilarbeiteropposition im Angriff

Die nachstehenden Arbeiterkorrespondenzen aus Görlitz und Lauban schildern die Lage im Textilarbeiterkampf. — Die Red.

Gewerkschaftsbürokraten fordern zum Spaziergang auf

Durch die rigorose Maßnahme der Textilbarone ist auch in Görlitz der größte Teil der Textilarbeiter ausgesperrt. (Auch Herr Kunz, der in der öffentlichen Reichsbannerversammlung beim „Mitten“ Buchwitz Verfall klatschte, hat sich mit seinen Klassenfeinden solidarisiert und die Belegschaft auf die Straße geworfen.) Die Verbandsbürokratie entfaltet eine unerschämte Hege gegen die Unorganisierten und die „Arbeiter-Zeitung“. In einer Verbandsversammlung erklärte der hiesige Geschäftsführer (Herr Kommissar) vom Textilarbeiterverband, Matthies: „Wir brauchen die Unorganisierten nicht.“ Auch ließ er eine Hege gegen die „Arbeiter-Zeitung“ vom Stapel, die es wagte, für die Unorganisierten einzutreten. Die Kampfausschüsse in Landeshut legen ihm besonders im Magen. Die Reformisten rufen die Textilarbeiter nicht auf zum Kampf gegen den drohenden Schiedsspruch, sondern

zu einem Spaziergang mit Kaffee nach Kuchen.

Gegen diesen Verrat an den Textilarbeitern berief die Gewerkschaftsopposition eine öffentliche Textilarbeiterversammlung. Das brachte die Barone ganz aus dem Häußel. In dem Kontrollatol war eine Tafel ausgehängt: „Achtung! Die heute abend einberufene Versammlung ist eine rein kommunistische und warnen wir die Textilarbeiter, dahin zu gehen.“ Kollegen, die vor dem Kontrollatol die Flugzettel für die Versammlung verteilten, wurden von den Bongenleuten belästigt. Der 2. Bevollmächtigte des ADBV, „Kollege“ Doering, stellte sich neben die Flugblattverteiler und forderte jede Textilarbeiterin auf, das Flugblatt nicht anzunehmen. Eine alte Textilarbeiterin mußte diesem „Kollegen“ erst beibringen, daß er nicht der Vorwand der Textilarbeiter sei.

Trotzdem ein Teil der Kollegen sich von diesen Leuten einschüchtern ließ, besuchten viele Textilarbeiter die von der Opposition einberufene Versammlung. Der Referent, Genosse Emerich, ging auf die Ursachen der Textilarbeiter in allgemeinen ein. Die Reberproduktion und die Verengung der Absatzmöglichkeiten sind die Gründe der verschärfsten Krise in der Textilindustrie. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, diese Krise durch Senkung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und Rationalisierung der Betriebe auf die Schultern der Textilarbeiter abzuwälzen. Gegen den drohenden Hunger-Schiedsspruch muß die gesamte Textilarbeiterschaft geschlossen kämpfen. Die unorganisierten Textilarbeiter dürfen nicht dem Kampf abgesehen werden, wie es die Verbandsbürokratie will, sondern es müssen Kampfausschüsse gebildet werden, die auch die Unorganisierten erfassen. Die Ausführungen des Referenten fanden den vollen Beifall der anwesenden Textilarbeiter. In der Ansprache meldete sich ein Textilarbeiter zu Wort, der den Ausführungen des Referenten voll zustimmte und an die Versammelten appellierte, daß es das Gebot weitertragen, damit auch in Görlitz

die Textilarbeiter den Weg gehen, den ihnen die Gewerkschaftsopposition zeigt.

Buchlige Textilarbeiterversammlung in Lauban

In einer von der Gewerkschaftsopposition einberufenen öffentlichen Textilarbeiterversammlung in Lauban sprach die Genossin Lina Ulrich-Berlin über das Thema: „Warum Aussperrung, und was ist zu tun?“ Der große „Drei-Kronen-Saal“ war trotz aller Hege der Reformisten gegen diese Versammlung voll besetzt. Sie hatten, im Glauben, die Kommunisten unter sich allein zu lassen, durch ein besonderes Inserat in der örtlich bürgerlichen Presse, die Textilarbeiter von der Versammlung abzuhalten versucht. Aber gerade wohl dadurch erst recht waren die Textilarbeiter in so großer Zahl erschienen. Die Genossin Ulrich verstand es sehr gut, die Lage der Textilarbeiterschaft zu schildern. Auch zeigte sie, welche ungeheuren Reichtümer die Textilbarone in den letzten Jahren anhäufen konnten. Nur durch Kampf an der Seite der Gewerkschaftsopposition kann diesem Zustand ein Ende gemacht werden. In der Diskussion sprachen mehrere Redner in zustimmendem Sinne. Genosse Thiel gab die Forderungen bekannt, die die kommunistische Stadiverordnetenfraktion zur Unterstützung der ausgesperrten Textilarbeiterschaft gestellt hat, und wies auf die Arbeit der JAV hin. Ein sozialdemokratischer Betriebsfunktionär versuchte in der freien Ansprache — die ihm auch, im Gegensatz zu den SPD-Versammlungen, voll gewährt wurde —, eine Lanze für die SPD zu brechen bzw. seine anwesenden Parteigenossen bei der Stange zu halten, was ihm aber glänzend vorbei gelang. Das wurde ihm sogar von seinen Tischfremden während des Schlüsswortes der Referentin bekräftigt. Die befohlenen Textilarbeitersekretäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Kutshan und Jäkel, die sonst vor und nach jeder kommunistischen Versammlung wie die Kohrschägen schimpfen, hatten den besseren Teil der Tapferkeit gewählt und waren zu Hause geblieben. Die Versammlung war ein großer Erfolg für die Gewerkschaftsopposition.

Görlitz

Todessturz eines Feuerwehrmanns. Auf der Heimfahrt von einem Feste in Marllissa stürzte der Feuerwehrmann Barisch aus Berna mit seinem Fahrrad. Er erlitt sehr schwere Verletzungen und ist jetzt im Kreiskrankenhaus verstorben. Der tödlich Verunglückte hinterläßt Frau und vier unterförmige Kinder.

Niesky

Ein ernstes Wort zur Gemeindevahl

Wähler! Wählerinnen! Mit allerlei Besprechungen gehen der pfaffenmännchen Bürgerklub und die SPD. hantieren. Ihnen kommt es nur auf die Mandate an. Dann kümmern sie sich um die Besprechungen nicht mehr. Sie machen dann ihre Politik bei Ausschluß der Öffentlichkeit. Wie konnte überhaupt die Eingemeindung kommen. Die Gemeindevahl Niesky, Renhof, Neu-Särichen und Debernitz hatten doch wiederholt die Sache abgelehnt. Schon der Minister

Grzesinski verfügte rückwirkend ab 1. April die Eingemeindung. Nachdem dies also Tatsache war, waren die SPD-Gemeindevorsteher auf einmal Feuer und Flamme für die Eingemeindung. Man stelle sich vor, dieselben Leute, die vorher im trauten Verein mit den Bürgerlichen zusammen rechneten, daß durch die Landgemeindevorsteher auf je tausend Einwohner ein Polizist fällt, das sind 7 Stück, daß joundso viele seit ange stellte Beamte angestellt werden mühten, weil bis dato die Gemeindevorsteher in Arbeit standen und nur eine „Entschädigung“ (allerdings bis zu 600 Mark im Jahre) erhielten. Straßen mühten gebaut werden, Nachwachter gegen Lohn angestellt werden, und vieles andere mehr. Leute, riesen sie, wo soll das hin führen? Die Steuern würden uns erdrücken. Das sagten SPD wie Bürgerliche vor der Eingemeindung.

Und heute? Da ist es gerade die SPD, die nicht mehr weiß, was sie noch im März sagte. Heute winken ja Posten, die besser bezahlt werden als im Betrieb. Hier beginnt die „Stufenleiter“. Viele jetzige „Landratsgenossen“ sind ja erst über das Amt des Gemeindevorsteher zu ihren im Schweiß erlämpften 1000 Mark Monatsgehalt gekommen, Arbeiteraristokraten geworden, die sich den Luxus um ihre ehemaligen Kollegen kümmern und nicht an ihr früheres Glend denken.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Niesky. Wir Kommunisten verprechen euch nichts, wir wollen euch von der Tribüne des Parlaments den Weg zeigen, den ihr gehen müßt, wir wollen den Herren einen Strich durch ihre Dunkelkammern und ihre Lechtel machen. Wir sagen euch, es gibt nur zwei Klassen: Ausbeuter und Ausgebeutete. Parlamente im kapitalistischen Staate sind nur Einrichtungen zu eurer Ausbeutung, ganz gleich, ob sozialdemokratische oder bürgerliche Mehrheiten. Sobald ein Antrag zur Linderung der Not gestellt wird, so wandert er bestimmt in den Auschuß und endet im Papierkorb. Erzwingt der Druck der Proleten die Annahme, nun, so wird in der nächsten Sitzung Erhöhung der Steuern beschlossen. Belastet sind Gewerbetreibende, Handwerker und Hausbesitzer. Das sind alles Leute, die zum Proletariat gehören. Sie ersticken bald in Zinsen, müssen also die Steuern wieder umlegen. Klassengenossen! Dieses „Umgeverfahren“ wird die SPD. genau so machen müssen, wie alle anderen Bürgerlichen, sie wollen doch auf ihren Posten mit dem schönen Gehalt bleiben. Wir Kommunisten werden uns nur einsetzen für die ausgebeutete Klasse und den rücksichtslosen Kampf gegen die Ausbeuterklasse führen. Den Kampf führen gegen das System.

Dies, Einwohner von Niesky, ist unser Wahlversprechen zum 16. Juni. Wer von euch, Mann oder Frau, für Sozialismus ist, für den Sturz des Kapitalismus und nicht nur für den papiernen Stimmzettel, sondern darüber hinaus weiterkämpfen will, der wählt die Liste 2 Kommunisten.

Liegnitz

Was sagt die Gewerbeaufsichtsbehörde dazu?

Im Hause Johannastraße 9 wohnt der Zahnarzt Dr. Laube. Er bewohnt eine sehr geräumige Wohnung, die ihm genügend Licht, Luft und Sonne bietet. Vor der Proletarierkatholik ist er also glücklich. Anders ergeht es seinem technischen Personal! Im dritten Stock desselben Hauses hat Dr. Laube sein Laboratorium eingerichtet. Dieser Raum ist etwa fünf Meter lang und drei Meter breit. In dieser kleinen Bude (genannt Laboratorium) mühten die fünf Angestellten des Herrn Doktors von morgens früh bis abends spät arbeiten. Mit der Arbeitszeit nimmt es der Herr Doktor auch nicht so genau, meistens ist es 22 Uhr, wenn seine Angestellten nach Hause gehen.

Unterordnung der Konsumvereine unter Trutzherrschaft und Koalitionspolitik?

Zum 26. Genossenschaftstag in Mannheim

Vom 17. bis 19. Juni findet in Mannheim der 26. Genossenschaftstag der Arbeiterkonsumvereine statt.

Die reformistische Genossenschaftsbürokratie hat seit dem Dresdener Genossenschaftstag 1928 ihre arbeiterfeindliche Politik verschärft fortgesetzt. Die früheren Minderheiten gegen die kapitalistischen Monopolsorganisationen sind aufgegeben, und der Zusammenarbeit mit dem Bündnispartei ist die Beteiligung der G. G. und Arbeiterpartei an der Central-Industrie-G. G. dem sogenannten Scheuergewerkschaft, gefolgt. Im Interesse der Grobagrarier und Bauern dürfen die reformistischen Genossenschaftsführer der Arbeiterpartei die Vertretung des Protes schmachhaft machen, denn das ist die Aufgabe, die ihnen im Scheuergewerkschaft übertragen wurde. Mit den reformistischen Spitzen aller Organisationen sind auch die reformistischen Genossenschaftsführer enger mit den Trutts und dem kapitalistischen Staatapparat verwachsen.

Die Konsumvereine wurden ganz offen der Koalitionspolitik unterordnet. Die früheren Scheuergewerkschaften gegen den Zoll- und Steuerraub sind bedeutend schwächer geworden und teilweise vollständig aufgegeben. Die reformistische Bürokratie hat den Mitgliedern die Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Beteiligung der Konsumvereine von der Gewerbesteuer durch die SPD im Reichstagswahlkampf vollständig verschwiegen. Auch die Schuld der sozialdemokratischen Minister der Koalitionsregierung für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer, wie sie im Steuerbereinigungsgesetz vorgesehen ist, verweigert die Bürokratie auf die Bürgerblockregierung abzuwälzen und damit die SPD zu entlasten.

Im dem letzten Jahre hat die Bürokratie auch in den Konsumvereinen die Unterordnung der sozialdemokratischen Parteipolitik viel offener als früher betrieben. Bei der letzten Reichstagswahl wurde in der Genossenschaftsbürokratie und in Versammlungen Propaganda für die SPD gemacht. In den Veröffentlichungen des Zentralverbandes wird für das Jahr 1928 selbst jetzt eine Million Mark angegeben, die für „Vorbildungs-, gemeinnützige und wohltätige Zwecke“ verwendet werden soll. Hier ist schon ein wesentlicher Teil der finanziellen Unterstützung an die SPD verstreut. Wieviel Millionen beträgt die wirkliche Unterstützung, die die SPD, teils direkt, aber vorwiegend indirekt durch die Konsumvereine erhält? Die Ausschlußkämpfe gegen die proletarische Opposition haben die reformistischen Führer den sozialdemokratischen Parteiführern gemäß geführt. Ein Beispiel dafür ist auch der Ausschluß des Reichsbundes Konsumvereine.

Durch ihre arbeiterfeindliche Politik erreichte die Bürokratie eine beträchtliche Verringerung der sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Konsumvereine. Während im Jahre 1914 die Zahl der Arbeiter und Angestellten 78,70 Prozent betrug, ist dieselbe im Jahre 1928 bis auf 68,11 Prozent zurückgegangen.

Bei einem verhältnismäßig schwachen Wachstum der genossenschaftlichen Organisationen der Mitglieder, Unfälle, des Eigenkapitals und der Sparsparlagen, ist die Bedeutung der Genossenschaften innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft vermindert und der Anteil der Genossenschaften am kapitalistischen Handel zurückgegangen.

Die Konsumvereine können mit reformistischen Mitteln ihre Aufgaben nicht lösen. Die Zusammenarbeit mit den Trutts und den kapitalistischen Regierungen muß aufgegeben werden. Die Konsumvereine müssen mit den revolutionären Klassenorganisationen ein Kampfbündnis für die Lebensinteressen des Proletariats und den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft schaffen.

Der härteste Kampf muß geführt werden gegen den Zoll- und Steuerraub der Koalitionsregierung und gegen die genossenschaftliche Steuerbelastung, für die völlige Befreiung aller Lebensmittel- und Industriezölle, die stärkere Heranziehung der bestehenden Schichten für die Steuerbelastung und die Befreiung der Genossenschaften von allen Steuern. Dieser Kampf ist ein Teil des allgemeinen politischen Kampfes gegen die Trutzherrschaft und Koalitionspolitik.

In den Arbeitskämpfen müssen die Konsumvereine proletarische Solidarität üben und Unterstützungen gewähren. Die Errichtung besonderer Unterstützungsfonds ist eine wichtige Aufgabe jedes

einzelnen Konsumvereins. Die Genossenschaften müssen sich auch beteiligen am Kampf gegen die Unterdrückung der revolutionären Klassenbewegung, gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und für die Verteidigung der Sowjetunion. Überall müssen die Genossenschaftsmittel gemeinsam mit der übrigen Arbeiterpartei für die Durchsetzung dieser Forderungen mobilisiert, die rote Klassenfront gestärkt und die proletarischen Kampforganisationen ausgebaut werden.

Die Opposition fordert auch eine grundsätzliche Umstellung der Konsumvereine auf die proletarische Klassenpolitik in den sogenannten genossenschaftlichen Fragen. Befreiung der Mitglieder von der Diktatur, Einführung des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder,

Justizfeldzug gegen die badische SPD-Presse

Nachdem der Redakteur der Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“, Genosse Langner, am 5. Juni d. J. vom Mannheimer Schwurgericht zu acht Wochen Gefängnis verurteilt wurde, weil er es gewagt hätte, ein früheres Klassenurteil über Gen. Heymann in unserer Presse zu brandmarken, erfolgte am gleichen Tage ein weiteres Schandurteil gegen den Redakteur Gen. Heymann wegen „Beleidigung eines Schwurgerichts“.

Heymann hatte in der „A.Z.“ eine bürgerliche Pressemeldung über einen Konstanzer Verdictenscheid veröffentlicht und dazu eine scharfe Kritik über die badische Klassenjustiz gebracht. Der Oberstaatsanwalt beantragte auch in der Nachmittagsitzung eine Freiheitsstrafe mit der Begründung, daß man gegen Kommunisten mit Geldstrafen nicht mehr auskomme, und daß Gefängnisstrafen notwendig seien. Das Urteil lautete dann ebenfalls, wie bei dem Genossen Langner, auf acht Wochen Gefängnis. Die ungeheuerlichen Urteile der Klassenjustiz gegen die revolutionäre Presse müssen die Arbeiterpartei zur gesteigerten Presse- und Parteiverbreitung anfeuern.

Nach diesen Prozessen fanden nunmehr zwei weitere gegen die „Arbeiter-Zeitung“ vor dem Mannheimer Schwurgericht statt. Im ersten Falle waren die Genossen Rosenbaum und Heymann

Ausführung der Meinungs- und Aktionspolitik, für die Veranlassung der vorläufigen Frauen für die gleichwertige Mitarbeit, Befreiung der kapitalistischen Nationalisierungsmethoden des reformistischen Bürokratie, Schaffung vorbildlicher Lohn- und Arbeitsverhältnisse, stärkster Ausbau der genossenschaftlichen Eigenbetriebe und der Einrichtung der G. G. und der Konsumvereine, Ausbau der Handelsbeziehungen mit den Sowjetgenossenschaften, direkter Waren- und Geldaustausch der Konsumvereine mit den Kleinbauern — all das sind wichtige Forderungen, die die Opposition auch zum 26. Genossenschaftstag wieder stellt.

Zum ersten Male seit dem 20jährigen Bestehen des Zentralverbandes steht der Genossenschaftstag vor dem Ausbruch einer Genossenschaft aus politischen Gründen. Wegen seiner proletarischen Klassenpolitik und der Solidarität im Hüttenarbeiterkampf ist der Konsumverein Reesburg ausgeschlossen worden. Wenn der Genossenschaftstag die Einheit und Geschlossenheit der Genossenschaftsbewegung erhalten will, muß er diesen Ausschluß des mittelbäuerlichen Verbandes aufheben.

Das Auftreten der Opposition auf dem 26. Genossenschaftstag in Mannheim wird erneut die Möglichkeit der Befreiung des Kampfes gegen die reformistische Genossenschaftsbürokratie und der Mobilisierung der Mitglieder für die Durchsetzung unserer Forderungen bieten.

Im mehreren Artikeln wurde die badische Justiz schwer angegriffen, weil im August 1928 unter sehr abnormen Umständen ein Strafgefangener gestorben war, ohne daß man seine Angehörigen davon benachrichtigte, die erst einige Wochen später durch Zufall vom Tode ihres Sohnes erfuhr. Obwohl der Staatsanwalt zugeben mußte, daß eine Reihe Verstöße vorgekommen waren, verurteilte das Gericht den Verdicten Rosenbaum zu 1000 Mark und den Genossen Heymann zu 1500 Mark Geldstrafe (!). Das Gericht erklärte dabei, daß es infolge der „unangenehmen Nebenwirkungen des Falles“ von einer Gefängnisstrafe abstehe.

Im zweiten Falle war Genosse Heymann angeklagt, weil die „Arbeiter-Zeitung“ in einer Reihe von Artikeln einen hiesigen Landeshauptmann angegriffen hatte. Von den gesellschaftlichen Kreisen konnte die Anklage nur bei aufrichtiger Erregung selbst in diesen drei Fällen nicht aufrechterhalten werden, und selbst in diesen drei Fällen mußte das Gericht in einem oder einem Frei sprach kommen. Auch die beiden anderen Fälle lagen nicht glatt, so daß das Gericht selbst erklärte, es hätte eine höhere Strafe ausgesprochen, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ nicht bei Aufhebung der Artikel eine Schuld des Bürgermeisters hätte im guten Glücke annehmen dürfen. Trotz dieser Feststellungen erhielt Genosse Rosenbaum 500 Mark Geldstrafe und 400 Mark Buße.

Seiner Majestät geheimerer Labour-Minister

London, 18. Juni. Das MacDonald-Kabinett erhielt am Sonntagabend in A. u. B. beim König seine Amtsiegel. Gleichzeitig spendete die konservative und liberale Presse den „Arbeiterstimmen“ in der Regierung beziehungsweise Vorwurf vorbringen. Die reaktionäre „Times“ schreibt u. a.: „Man erhalte von der Ministerliste den Eindruck, daß es das beste Kabinett sei, das MacDonald habe bilden können, um eine nicht herausfordernde Politik durchzuführen.“ (1) Diese solle augenscheinlich den Beginn eines neuen Regimes der Arbeiterpartei kennzeichnen, die unter den gegenwärtigen Umständen sicherlich wünschenswert sei — Der anti-bolschewistische „Daily Telegraph“ erklärt, daß das neue Kabinett keine besondere Unruhe hervorzurufen wird! Auch die liberale Presse verhält sich in ihren Kommentaren überaus freundlich und zustimmend zu dem MacDonald-Kabinett, das ganze ein Beweis, welche Hoffnungen die englische Bourgeoisie auf die klassenfeindliche Politik der Labour-Regierung setzt und von ihr die Erfüllung ihrer Wünsche nicht in Gefahr sieht.

Die Politik des MacDonald-Kabinetts in den nächsten Wochen und Monaten wird der englischen Arbeiterpartei und darüber hinaus den Arbeitern der ganzen Welt bald deutlich genug demonstrieren, daß MacDonald und seine Regierung in erster Linie stets die Interessen der englischen Bourgeoisie und des englischen Imperialismus vertreten werden.

Soeben erschien

Seit 10/11 der theoretischen Zeitschrift der SPD, die „Internationale“, die zweite Sondernummer zum Reichsparteitag. Das Heft bringt u. a. mehrere Kapitel aus einer größeren Arbeit des Genossen Reimann über die Lehren des Berliner Blut-Mai und das drohende Verbot der SPD. Genosse Paul Meiler untersucht die Entwicklung der Massenaktionen der letzten Monate in Deutschland, ihren wachsenden revolutionären Charakter, die Probleme der Führung der Kämpfe und der Gewerkschaftsarbeit. Ein Artikel von R. E. zur Frage betont die Notwendigkeit, die gesamte Parteiarbeit bewußt und systematisch in die Aufgabe des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg zur Verteidigung der Sowjetunion einzubringen. Genosse Rudolf Renner bewertet die Ergebnisse der sachlichen Landtagswahlen. Außerdem wird eine Resolution des Reichsparteitag veröffentlicht, die zu diesen Wahlen kritisch Stellung nimmt. Weiter enthält das Heft folgende Beiträge: Ueber den Parteitag des Sozialfaschismus, von Genossen J. Lang; über die Bankkrisen für 1928 und die Forderungen des deutschen Finanzkapitals, von Genossen G. Reimann; über die Militärregierung der Arbeiterjugend, von Gen. Leibbrand. Der Preis dieses Doppelheftes beträgt 60 Pf. Die „Internationale“ erscheint zweimal monatlich und kostet pro Heft 20 Pf., im Abonnement vierteljährlich 1.50 Mk., wozüglich Postgebühren. Zu beziehen durch den Literaturvertrieb, durch die Post oder Buchhandlungen (Vertrieb: Zentralverlag für Parteiverlage, G. m. b. H., Berlin C. 25, Kleine Alexanderstraße 28.) Jeder Funktionär muß die „Internationale“ als sein theoretisches Rüstzeug benutzen!

Die Sekretärin des Prälaten

von Albert Daudistel
Copyright by Albert Daudistel. (Nachdruck verboten)

Nachdem sich der Prälat zu dem Entschluß durchgerungen hatte, sein Seelenheil doch lieber mit gültigen Mitteln zu lindern, als sich durch die strenge Unterdrückung seines Bittschreibens immer mehr und mehr im Wackeln oder im Schlaf von den Gesetzen der Sinnlichkeit des Verstandes selbst ruinieren zu lassen, schloß er sich mit einem Male so wohl, wie er einer, der, niedergebückt von der schweren Last, die er heimlich trägt, doch so lange überbissen unter ihr ausbleibt, bis ihm auf dem mühseligen Weg ein Führer aussehe, auf den er seine Last abstellen durfte. Ja, an jenem Vormittag wurde er plötzlich wieder derart arbeitsfähig, daß er seiner Sekretärin geradezu in Eile Stenogramme auf Stenogramme diktierte.

Als sie dann an der Schreibmaschine saß und abtippte, was er ihr diktiert hatte, fing er an, aus jenen Sammelmappen das Material herauszufischen, das er für seine Rede benötigte, die er noch an jenem Tage vor dem Plenum des Landesparlamentes gegen die von den Sozialisten beantragte Straffreiheit bei Kindesabtreibungen halten wollte. Als nun, zum ersten Male an jenem Vormittag, sein Telefon schrillte, klickerte er geschwind seiner Sekretärin zu: „Sagen Sie, ich sitze hier im Hause? Sie wüßten aber nicht, wo.“ Und er vertiefte sich wieder in seine Arbeit. Ebenso hörte ihn manchmal sein höchstpersönlicher Sekretär in Eile anrufen, als er (wenn er die Augen schloß) schon eine andere Sekretärin, eine hochwertige, eine nette, ein reizende sogar, vor sich sah. Und als da gerade wieder einmal sein Telefon schrillte, schaute er gar lächelnd zu seiner Sekretärin hin und bemerkte: „Was abgemittelt!“ Und geschickt „abgemittelt“ sie alle, die da telefonisch anriefen, ab und — ahnte nicht, daß die Worte des Prälaten, wie abgemittelt, abgemittelt! auch für galten.

Nachdem der Prälat in jenen Sammelmappen die Argumente geprüft hatte, die seine politischen Gegner in ihren Zeitungsaufsätzen „für die Straffreiheit bei Kindesabtreibungen“ geltend zu machen versuchten, konstruierte er den Grundriss zu seiner Rede „gegen die Straffreiheit bei Kindesabtreibungen“. Auf einmal jedoch — während seine Sekretärin immer noch tippte — lehnte er sich beagig zurück, schloß die Augen und — plötzlich erhob er sich und sagte, er ginge ins Archiv. Er verließ sein Büro.

Und endlich fand er in der Wandelhalle des Landesparlamentes den Minister des Innern. (Der war Mitglied der Reichstagsfraktion und erst vor einigen Monaten von dem Prälaten auf den Ministerposten gehoben worden.) Rufe sagte der Prälat zu dem Minister: „Sie müssen mir helfen, meine Sekretärin abzuschieben; ich kann den Geruch dieser Dame nicht mehr aushalten; sie ist lästig, absolut unverläßlich.“

Der Innenminister grinste: „Wenn das so lästig ist, schieben wir sie dem Justizminister zu; der sucht eine, die nicht hält; der riecht nichts; dem wurden die Rhythmen auf der Nase heransopiert, weil sie zu schwer entzündet waren.“ (Auch der Justizminister war Mitglied der Reichstagsfraktion; er war 60 Jahre alt und ein strenger Bürokrat.)

Der Prälat hauchte: „Daß der nicht riecht, mußte ich noch gar nicht!“

Der Innenminister, der dem Prälaten gegenüber stets sehr gesprächig war, flüsterte: „Neulich — als er zur Fraktionsitzung kam — haben Sie denn da nichts gemerkt, Herr Prälat?“

Der Prälat erinnerte sich: „Doch! — Da stand's auf einmal wie im Affenläufig!“

„Das war er“, betonte der Innenminister und berichtete: „Jemand hatte er „ins Bild“ getreten, in einen Haufen Kaugummi, und dann kam er mit dem abscheulichen „Gimmisab“ aus dem Ministerium ins Fraktionszimmer.“

Der Prälat lachte: „Wo steht er?“

Der Innenminister begleitete den Prälaten zum Justizminister, der wegen der bevorstehenden Plenarsitzung schon im Landesparlament war. Während sie nun so dahingingen, sagte sich der Prälat: „Die muß ich sozusagen mit dem „Chirurgischen Griff“ da oben heraus-

holen lassen; ihr Autoritätsdusel nach oben und ihr Dinkel nach unten müssen benutzt werden; so wird sie einfach „vor die vollendete Tatsache“ gestellt. Der Justizminister muß gleich mit mir in mein Büro gehen und sie gleich mitnehmen!“

Eine Viertelstunde später betrat der Prälat, begleitet vom Innenminister und vom Justizminister, sein Büro. Er stellte den hohen Herren seine Sekretärin vor. Und da richtete auch schon der Justizminister die Frage an sie: „Wollen Sie meine Privatsekretärin werden?“ Ueberrumpelt, ganz verlegen, schaute sie zu dem Prälaten hin. Er jedoch sagte sehr freundlich: „Von mir aus steht Ihrem Bild nichts entgegen!“ Und da sagte sie: „Ja, Herr Justizminister, ich will.“ Der Innenminister bat sie, gleich mit ihm zu gehen. Sie verabschiedete sich von dem Prälaten. Und als der Prälat nun endlich den Platz für die andere, für die nette, für die reizende Sekretärin, freigemacht hatte, da dachte er nicht an die neuen Kalamburien, sondern — in seiner Freude atmete er tief auf: „Woh! ist dann!“

Dann rief er telefonisch den katholischen Arbeitsnachweis an und sagte, er benötige sofort mehrere Damen, die nicht ganz bloß seien und talentvoll und stenographieren könnten. Auf die Frage vom Arbeitsnachweis her, ob auch eine verheiratete dabei sein dürfe, antwortete er: „Nur her damit!“ — Er setzte sich an seinen Schreibtisch und arbeitete weiter an seiner Rede gegen die Straffreiheit bei Kindesabtreibungen.

Es dauerte kaum zwanzig Minuten, da meldete ihm telefonisch der Förster vom Portal III des Landesparlamentes: „Sechs Damen möchten gern zum Herrn Prälaten!“

Der Prälat sagte sich schmunzelnd: „Hoffentlich ist bei dieser Sendung eine bayrische, die so ist, wie ich sie mir wünsche...“ Er erwiderte dem Förster: „Der Votum soll mir die Damen vorstellen, eine nach der anderen, damit!“ Und nun ging der Prälat auf einmal wieder so verfallen nachdenkend auf dem Teppich hin und her.

(Schluß folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil, für „Arbeiter-Zeitung“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, für „Arbeiter-Zeitung“ und „Arbeiter-Zeitung“ Wilhelm Stenard, (Schriftl. in Breslau). — Für den literarischen Teil Gerhard Schulz, (Schriftl. in Berlin). — Für Inserate: H. Schatz, (Schriftl. in Berlin).

Kind- u. Schweinefleischerei
Ernst Heide
 Breslau, Markthalle Ritterplatz
 Stand 27/28

Nur Qualitätsware
 kaufen Sie sehr preiswert im
Schuhhaus
Lewkowitz
 Breslau, Schmiedinger Str. 23

Diamant-, Görcke-Triumph-, Presto-Fahrräder
R. Kühn
 Herdalinstraße 28
 Ecke Arletiusstr.
 Reparaturwerkstatt
 Günstige Teilzahlung

Oskar Baum
 Breslau, Sternstrasse Nr. 77
 Ecke Hedwigstrasse
 Wäpfe, Schürzen u. Kleider

Fahrräder Dixl, Görcke, bequeme Teilzahlg. Reparaturwerkstatt
G. Schneider, Matthiasstr. 205

Riesenauswahl moderner Markenräder, ab 3500 aufwärts
Niedrigste An-u. Abzahlung
 niedrigste Cassapreis, fachm. Reparatur, enorm billige Ersatzteile
J. Koschany
 Liegnitz Haynauer Straße 8

Fußbekleidung kauft man am preiswertesten im
Schuhhaus Förster
 Schweidnitz Langstraße 6

Modehaus Sandsberger
 Schweidnitz jetzt Ring, Buttermarktsseite
Schönste Kleider, Mäntel Wäsche u. v. a.
 sehr billig
 Teilzahlung gestattet

Größte Auswahl in Damen-Garderobe Herren- u. Knabenbekleidung Sport- u. Berufsbekleidung
 Trikotasen, Strümpfe Socken, Herrenartikel
 kaufen Sie nur preiswert u. gut im
Bekleidungs-Haus Ph. Woll, Freiburg i. Schl.
 Nikolaistraße 5

Ärztliche Belanntmachung von Weifflein
 Ich bin vom 17. Juni bis 8. Juli aus dem 22. Juli bis 2. August 1929 rezistent.
 Meine Vertretung übernimmt während dieser Zeit Herr Schöffe S. G. O. I. Sprechstunden meines Vertreters werden noch bekanntgegeben.
 Weifflein, den 13. Juni 1929
 Der Gemeindevorsteher
 S. G. O. I.

Räder 37.50
 Räder a. Teilzahlg. Rahmen gelbt. 15.—
 Halbbrenner . . . 25.—
 Felgen gelb . . . 0.95
 Schlauchreifen la 8.75
 Lenker engl. . . . 1.95
 Schläuche 1.10
 Torpedo, orig. . . 11.48
 Griffe 0.25
 Schutzbleche 0.60
 Öl 0.15
 Kaldor, Zimmerstr. 1

Sie verdienen Sie täglich
 10 Mark mit Schürfenkel
 Nur persönl. kommen
Resie
 in Serge, Kiltel, Seiwand, Hermelfutter
 Rohbaar, Garn, Knöpfe
 Kerujsche, Erdal
 alles sehr billig
 prima Ware
 Detail und Engros
Berth. Lippert
 Breslau
 Heinrichstraße 18
 Filiale: Oberstr. 17
 Weißbergergasse 43

Gewogen und... 500 M. in bar Beweisen wollen wir

die unbedingte Genauigkeit und Zuverlässigkeit der bekannten autom.

Seitz-Personenwaagen

Deshalb stellen wir auf dem **Stichtag** eine Anzahl derselben auf. Bei vorschriftsmäßiger Benutzung wiegen unsere Waagen genau so sicher und zuverlässig, wie jede geeichte Waage.

Für 10 Pfg. Verlosung erhalten Sie eine nummerierte, mit Ihrem Gewicht u. Datum versehene Wiegekarte und nehmen an einer teil. Wir setzen aus:

Hauptgewinn 500 M. in bar
 2. Preis 200 " " "
 50 Preise à 10 M. = 500 " " "

Gesamt 1200 M. in bar
 Die Ziehung erfolgt am 3. Juli 1929 unter Aufsicht eines Notars. Das Ergebnis wird am 7. Juli in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht. Die Gewinner erhalten gegen Abgabe der unverletzten, mit Nummer, Gewicht und Datum versehenen Wiegekarte, den Gewinn an der Theaterkasse von Breslau in der Zeit vom 8. bis 12. Juli unter Ausschluss des Rechtsweges ausgehandelt.

Automaten-Ges. Breslau Marx & Co.

Alois Henschel & Co.
 Breslau, Brunnenstr. 34 u. Tauentzienplatz 6
Milchgroßhandlung u. Molkereiprodukte
 Filiale: Stedlung Pöpelwitz, Klodnitzstraße
 Telephon 589 64

Pudding-Pulver Stiebler
 Puder-Pudding-Pulver Schokolade . . 3 Kart. 0.25
 Vanille-Creme-Speise 8 Kart. 0.50
 Schokoladenspeise m. gehackt. Mand. . Kart. 0.25

Fondant-Schokolade Stiebler
 5 Tafeln — 250 gr — 0.88 Mk.
 Alpen-Vollmilch 100-gr-Tafel 0.30
 Bendorf-Vollmilch 100-gr-Tafel 0.35
 Stiebler-Vollmilch 100-gr-Tafel 0.40
 Stiebler-Jubiläum 100-gr-Tafel 0.40
 Kochschokolade Block Pfund 0.95
 Frucht-Creme 100-gr-Tafel 0.90
 Häfchen-Prallinen Pfund 0.80
 Fassung-Prallinen Pfund 1.20

Sonder-Angebot
 heute u. Sonnabend, solange Vorrat
 Hannoversche Rotwurst „Ahrberg“ jetzt nur 0.90
 bisher 1.20 per Pfund
 Echter Emmenthaler ohne Rinde
 250-gr-Schachtel einseitig 1.10, bisher 1.25
 250-gr-Schachtel sechsstellig 1.15, bisher 1.30
 Schlesische Molkereibutter 1/2-Pfund-Stück . 0.90

Otto Stiebler
 Breslau, Zwingerplatz 5 und 31 Filialen

Sensationsangebote

unserer Abteilung für Herren-Konfektion

Sakko-Anzüge f. Herren aus modernen Kammgarn- u. Cheviotstoffen, ein- und zweireihig, in guter Verarbeitung . . . 58.—, 48.—, 38.—

24⁰⁰

Lüster-Sakkos für Herren, schwarz oder blau 14.75, 9.75

6⁹⁰

Sakko-Anzüge f. Herren aus blauem, reinwollenem Kammgarn, zweireihige Formen . . . 68.—, 58.—

48⁰⁰

Tennis-Hosen für Herren, aus gutem Wasch-Köper 7.90

5⁹⁰

Sport-Anzüge f. Herren praktisch gemusterte Stoffe in flotten Formen mit 2 Hosen . . 58.—, 48.—

38⁰⁰

Knickerbockers für Herren, aus praktisch gemust. Cheviots 12.75, 9.75

6⁸⁰

Trench-Coats für Herren aus hellen- und mittelfarbigem imprägnierten Stoffen . . 48.—, 38.—

28⁰⁰

Windjacken für Herren aus imprägnierten Stoffen 12.75, 9.75

7⁵⁰

T I E T Z

Ohlauer Straße 71/73

Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H. Breslau, Gartenstr. 87 (Capitol)

Fernsprecher Nr. 36854/55

Schaefer-Einreibung
 gerühmt und bewährt bei Rheumatismus und Nervenschmerz, wird nach einem alten Original-Rezept in meinem Laboratorium hergestellt in Flaschen zu 0.50, 0.90, 1.90 M. Helen-Apoth. Münsterberg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

Kolonialwaren u. Lebensmittel
 kauft nur bei
Klara Lison
 Schweidnitz, Langstr. 23

Reserviert!
Schweidnitz Nr. 12

Franz Potstada Hirschberg
 Außere Burgstr. 3
 Red-Victor- und Wurstwaren
 Kolonialwaren, Zigarren und Zigaretten
Fritz Püschel
 Hirschberg, Sechstätte Nr. 10 a